

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Zeiler Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C
Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten ausgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 11

Sonnabend, den 18. März 1922

26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Laufende Notizen unter: „Gesperret“, „Streik“, „Zuzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrenotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperret:

Betrieb **Reiner** in Augsburg-Pfersee. Das Grabsteingeschäft von Franz Koll in Paderborn. In Merseburg sämtliche Grabsteingeschäfte. In Bremen die Grabsteingeschäfte: Berger und Traupe, S. Nibel, Kurt Winter, Grimscheel, Eggert, Fr. Wachsmuth, Wert u. Co., In Raumbüsch (Murgtal), die Firma Ned, Brückenbaugeschäft. In Reichenbach i. Vogtl. Platz Seilmann. In Aurich Betrieb Friedrich Garms. In Herbede der Betrieb Buchmayer. Die Betriebe der Firma G. Martzschin in Döbersthal und Niedergurig in der Lausitz (Zahlstelle Bauken).

Streik:

In Berlin (Marmorarbeiter). In Aurich (Firma Flehner und Schulenberg). In Mannheim. In Schreiberhau. In Nordhausen.

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von München (allgemein), von Bennigsen a. Deister. Von Braunschweig (Grabmalbranche).

Erledigte Bewegungen.

Aus dem 7. Gau. Für die Pflastersteingruppe im Bayerischen Wald wurde mit dem Bayerischen Steinindustrieverband und der Gauleitung unseres Verbandes am 7. März folgendes vereinbart:

„Die gegenwärtige Teuerungszulage wird für alle Arbeiter in den Pflastersteinbetrieben ab 1. März um 150 Prozent, also von 750 auf 900 Prozent; ab 15. März um weitere 50 Prozent, also von 900 auf 950 Prozent erhöht.“

Damit sind Bewegungen im gesamten Bayerischen Wald vorläufig abgeschlossen.

Gummers. Die Aussperrung bei der Firma Wesel & Co. wurde aufgehoben.

Bremen. Der Stundenlohn für Sandsteinmetzen beträgt vom 4. März an 21 M., vom 15. März bis 1. April 22,50 M.

Berlin. Bau- und Grabmalbranche vom 1. März Steinmetz-Stundenlohn 17,25 M., Hilfsarbeiter bis sechs Monate im Beruf 12 M., über sechs Monate 13,75 M.

Eisenach. Die Stundenlöhne für Steinmetzen und Schleifer wurden auf 15,22 M. erhöht. Hilfsarbeiter erhalten 50 Pf. pro Stunde weniger.

Langensalza. Der Streik bei der Firma Gebr. Nitsche ist beendet. Stundenlohn für Steinmetzen 14,15 M., Hilfsarbeiter 13,20 M. und sonstige gelernte Berufsarbeiter 13,40 M. Auch einige bemerkenswerte Änderungen in der Grundpreisberechnung des Affordiaris wurden erzielt.

Mühlhausen i. Thür. Der Streik ist erledigt. Der Stundenlohn betrug vom 1. März für Steinmetzen 14,15 M., gelernte Verurte 13,50 M., Hilfsarbeiter 13,30 M., auf den Affordiaris für schwere Arbeit 17,40 Prozent, geschlossene 1810 Prozent. Die Kollegen der Grabsteinbranche erhalten für Dezember 70 Pf. pro Stunde nachbezahlt.

Für das Oberbergische Grauwadengebiet (Gummersbach und Umgebung) wurden ab 1. März folgende Normalstundenlöhne vereinbart: Steiner und Pflastersteinmetzer 13,75 bis 14,50 M., Hilfsarbeiter über 20 Jahre 12,50 M., Hilfsarbeiter im Alter von 19 Jahren 10 M., 18 Jahren 8,50 M., 17 Jahren 7 M., 16 Jahren 6 M., für Arbeiter unter 16 Jahren wird der Stundenlohn von Betriebsleitung und Betriebsrat festgesetzt.

Betriebshandwerker, Maschinisten, verantwortliche Steinabnehmer, Bohrer sowie Oeler und Stopfer an Brechanlagen 13,50 M. über 20 Jahre und 10,50 M. von 18 bis 20 Jahre.

Der Affordiaristlohn beträgt 1,50 M. weniger als der Normalstundenlohn.

Die Soziale-, Leistungs-, Härte- und Sortenzulage bleibt bestehen.

Die Steinschläger erhalten für Wegebaustrich 45 M., Bahnschlag 40 M., Grobschlag 28 M. pro Kubikmeter. Das Abkommen hat Gültigkeit für März.

Naumburg. Die Sperre über den Platz Horn ist aufgehoben. Maintalgebiet (roter Stein). Die Stundenlöhne erhöhen sich für alle über 21 Jahre alten Arbeiter vom 1. März an um 2,30 M. und vom 15. März an um weitere 70 Pf. Die Lohnsätze der jugendlichen Steinmetzen und der Lehrlinge wurden neu festgesetzt und sinngemäß der Erhöhung der Vollarbeiter erhöht. Der Affordiaristlohn für Mischkalkstein beträgt ab 1. März 950 Prozent; für Sandstein ab 1. März ebenfalls 950 Prozent und ab 15. März 1020 Prozent des M.-K.-Tarifes. Auf Säurebottiche wird ab 1. März 140 Prozent und ab 15. März 150 Prozent Zuschlag auf die Grundpreise vom 6. Februar 1921 gezahlt.

Zurammorgebiet. Die Stundenlöhne erhöhen sich ab 16./17. März um 25 Prozent und ab 31. März/1. April um 30 Prozent. Nürnberg (Marmorindustrie). Vom 13. März an erhalten die Arbeiter eine Stundenlohnserhöhung von 2 M., vom 8. April eine weitere Zulage von 50 Pf. und vom 10. April eine nochmalige von 30 Pf. Die Zulagen der Arbeiterinnen betragen immer drei Fünftel vorstehender Aufbesserungen.

Drumburg. Der Streik bei der Firma Geint. Nerius konnte nach zweitägiger Dauer mit Erfolg beendet werden. Die Streiktage wurden mitbezahlt.

Sangerhausen, Eisleben, Artern. Streik erfolgreich beendet. In Nordhausen geht jedoch der Kampf weiter.

Weschburg-Nachitz. Der Stundenlohn der Steinmetzen beträgt ab 18. 3. 14 M. und ab 1. 4. 15 M. Den Brechern und Hilfsarbeitern wird an denselben Tagen 8 M. und 50 Pf., insgesamt also 8,50 M., zugelegt.

Auf den Affordiaristtarif der Steinmetzen kommen 200 und 100 Prozent weitere Teuerungszulage. Diese beträgt insgesamt 2100 Prozent.

Von der gleitenden Lohnskala.

Durch den unglücklich eingeleiteten und ebenso unglücklich geführten wie beendeten Streik der Eisenbahner-Reichsgewerkschaft und damit in Verbindung stehende Verhandlungen auf Gehaltsänderungen für die Eisenbahner bzw. sonstigen Unterbeamten wurde die früher schon viel diskutierte und oft umschriebene Frage der gleitenden Lohnskala erneut aufgerollt. Bereits vor zirka 10 Jahren war es der sozialistische Gewerkschaftstheoretiker Adolf Braun, damals in Nürnberg, der diesen Vorschlag brachte. In jener Zeit wurde die Entlohnung lange nicht in dem Maße wie heute von der Warenpreisbewegung beeinflusst. Der Vorschlag der gleitenden Lohnskala und seine Begründung von A. Braun las sich gut, hatte auch eine beachtliche Logik aufzuweisen, aber er blieb — Theorie. Die gewerkschaftliche Praxis konnte sich in jenen Jahren dieses Vorschlages kaum bemächtigen, denn neben anderen Voraussetzungen, die im Verhalten der Arbeitgeberorganisationen gegenüber einer Anzahl Gewerkschaften zu suchen waren, fehlte es an geeigneten offiziellen Stellen, die der Preisbewegung der notwendigen Lebensbedarfsartikel in Verbindung mit der Existenzmöglichkeit, besonders der arbeitenden Volksschichten, die nötige und ununterbrochene Aufmerksamkeit schenken. Heute hat sich von den Voraussetzungen manches geändert. Es sind auch Stellen (privat und amtlich) vorhanden, die sich im Schwere ihres Amtes abmühen, die Existenzmöglichkeit nach Lohn und Gehalt der Teuerung gegenüberzustellen; nur ist das Ergebnis ihrer Forschung, die sogenannte Index- oder Wechslerziffer, sehr unterschiedlich und voneinander abweichend, weil jede dieser Stellen ihre besondere Methode hat. Sie bringen jedem etwas, gerade wie er es in seiner Begründung gebraucht. Schreiber dieses hatte kürzlich Gelegenheit, dieses Spiel mit den abweichenden Indexziffern zu beobachten in einer Schiedsrichtertätigkeit. Die Arbeitgeber hatten sich auf die Indexziffer von Kuchenhilf festgesetzt, denn sie hatte als Ergebnis Ende Januar ein Minus der Steigerung; die Arbeiter beriefen sich auf die amtlichen Unterlagen, die ein Plus in der Teuerung nachwiesen. Trotzdem haben alle diese privaten und amtlichen Indexunterlagen bei den Tarif- und Lohnverhandlungen eine große Bedeutung; jedoch die gleitende Lohnskala haben wir in Deutschland bisher für keinen Beruf, und wir wollen gestehen, daß es als ein Verhängnis gerade nicht angesehen werden kann. Diese augenblicklich wieder propagierte Entlohnungsberechnung stellt, allgemein betrachtet, eine ganz schematische Abwägung ohne große Aufregung und Kämpfe dar; darin liegt für oberflächliche Beurteiler das Bestehende. Stellt man sich die drei- und vierstellige, bezirkliche, Landes- oder Reichsindexziffer fest, daß die Lebenshaltungskosten um etwa 5, 8 oder 10 Prozent gestiegen sind, dann sollen sich die Löhne sämtlicher Lohnempfänger ohne weiteres von einem bestimmten Datum an um dieselben Prozente steigern. Also eine verblüffend einfache Sache das! Die Ermöglichtheit der Teuerungswelle, die besonders hart Arbeiter und Angestellte trifft, machte es erklärlich, wenn Ausschau gehalten wird nach einem Hilfsmittel, welches Lohn und Gehalt mit der Teuerung, am liebsten automatisch, im Einklang bringt. Jedesmal wenn eine Teuerungswelle über unser Wirtschaftsleben flutet, tauchen allerhand Vorschläge auf, diese haben alle die beste Absicht zu helfen und zu heilen, und ihr Unterton ist immer: die deutsche Wirtschaft vor weiteren Erschütterungen durch Lohnkämpfe zu bewahren! Von all den bisher aufgetauchten Vorschlägen hat der von der gleitenden Lohnskala etwas Brauchbares an sich, denn seine Unterlagen sind jetzt schon bei den Lohnverhandlungen nicht mehr entbehrlich. Ja, ein Abklarsch dieser Idee, auf eine kürzere Formel gebracht, ist in neuerer Zeit Bestandteil in den Lohn- und Tarifvereinbarungen einer Anzahl Berufe (auch in einzelnen Bezirktarifen in der Steinindustrie), und wenn es auch in einer anderen Zahl von Berufen nicht ausdrücklich festgelegt wurde, so wird jedoch bewußt und unbewußt danach gehandelt. Das beweisen recht deutlich die nur durch wenige Wochen unterbrochenen Lohnverhandlungen in sämtlichen Berufen. — Doch so ganz einfach ist die Einführung der gleitenden Lohnskala nicht. Die Schwierigkeiten sind beim weiteren Prüfen und Durchdenken so groß, daß es uns ausgeschlossen scheint, die Frage für alle Berufe und alle Orte generell zu lösen. Man mag einwenden, daß Schwierigkeiten dazu da sind, um überwunden zu werden, gewiß, und die organisierte Arbeiterschaft ist davor noch nie zurückgesprungen. War etwas momentan nicht erreichbar, dann blieb es Ziel, Programm. Die gleitende Lohnskala kann aber kein Programmpunkt sein, sie ist nur eine Zweckmäßigkeitsfrage, geboren aus den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen, die nach unserer Meinung nur gelöst werden kann, wenn die anderen Faktoren im Produktionsprozess (außer der Lohnarbeiterschaft) sich von dieser Zweckmäßigkeit überzeugen lassen. Darin liegt wohl die größte Schwierigkeit, die bei der augenblicklich wieder im Vordergrund stehenden Schachmacherei von gewisser Seite kaum Aussicht auf baldige Ueberwindung hat. Denn alles, was nach neueren Staatsbegriffen aussieht oder hies repräsentiert, wird in einer überaus heruntergerissen. Man braucht nur die Deutsche Arbeitgeberzeitung zu lesen, in der ihr „Philosoph“ mit dem einzigen Namen Felix Kub seine Abhandlungen losläßt. Wer das alles liest, ja aus Berufsgründen lesen muß, der hat von dem „Seelenzustand“ jener Seite gerade genug.

Im weiteren schließt die gleitende Lohnskala unter den heutigen Machtverhältnissen im Staat und in der Wirtschaft eine ziemliche Veranfernung des Arbeitsgemeinschaftsbegriffes zwischen Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in sich, der in der Arbeiterschaft nicht zu finden und für den der Boden auch vorläufig gar nicht vorhanden ist. Nun scheidet dieser beiderseitige Zustand bei den wichtigsten Faktoren im Produktionsprozess natürlich nicht aus, daß in einzelnen Berufen mehr Annäherung vorhanden ist, und wenigstens das wesentliche aus dem Vorschlag der gleitenden Lohnskala für die dauernde Regelung der Lohnangelegenheiten in Anwendung kommen kann. Damit ist jedoch der Gesamtheit der Lohn- und Gehaltsempfänger nur theoretisch gedient.

Jene Berufszweige, deren Produkte den Hauptbedarf in der öffentlichen und in der Hauswirtschaft für Person und Sache decken, die also unentbehrlich sind in der Herstellung von Wohnungen, Kleidung, Heizung, Nahrung und Haushaltungsgegenständen, die stehen mit ihrem Lohn, wenn auch noch ungenügend, so aber doch besser da, wie die Berufsarbeiter, deren Erzeugnisse im Absatz von der Finanzkraft des Fiskus und der Gemeinden abhängen, wie zum Beispiel die Natursteinindustrie mit ihren Pflaster- und Werksteinprodukten. Diese Erzeugnisse werden gewiß gebraucht beim Haus-, Straßen- und Eisenbahnbau, und die sonstigen, wie Grabmal-, Marmorwaren usw., hängen von dem idealen Bedürfnis und nicht zuletzt vom Kaufvermögen einzelner

ab. Doch im heutigen zerrütteten Wirtschaftsleben beschränkt sich der Staat, die Gemeinden und die Einzelpersonen nur auf das unumgänglich Notwendige in der Anschaffung; was nicht zum ganz notwendigen Lebensbedarf gehört, wird zurückgestellt, weil die Mittel fehlen! Darunter leidet natürlich eine ziemliche Anzahl von Industrie- und Berufsangehörigen. Das ganze Kunst- und Luxusgewerbe mit seinen fabrik- und handwerksmäßigen Erzeugnissen fällt darunter. Wir erinnern uns eines Falles vor nicht langer Zeit im Schlichtungsausschuß in Sachen Lohnforderung von Goldarbeitern, deren Löhne standen im 30 bis 50 Prozent niedriger als die allgemein üblichen im Textil-, Bau- und Transportgewerbe. Das klingt widerspruchsvoll, denn nach der geläufigen Auffassung müßten gerade jene Arbeiter, die mit dem geschäftlichen und für Deutschland so unendlich wertvollem Metall dauernd umgehen, einen annehmbaren und keinen Hungerlohn erhalten. In diesen Berufen, die mit ihrem Lohn zurückgeblieben sind, weil die Konjunktur, der Absatz fehlte, ist die Anhängerschaft für die gleitende Lohnskala natürlich stärker; sie glauben durch eine generelle Lösung besser zu fahren wie jetzt. Dagegen nicht dort, wo die Produkte stark begehrt, die Arbeitskraft benötigt wird, und folgedessen die Bewertung im Lohn eine andere ist. Die Lohnserhöhungen können hier ohne große Gewissensbisse der betreffenden Arbeitgeber aus fertige Produkte geschlagen werden, wobei schließlich noch ein Reibes für sie gesondert abfällt. In diesen Berufen schwärmt man nicht für die gleitende Lohnskala, und sie sehen die Schattenseiten dieser automatischen Regelung viel klarer. Wer über diese Frage nachdenkt und über etwas Erfahrung im wirtschaftlichen Kampf und Verhandlungen verfügt, wird die Schattenseiten ebenfalls leicht erkennen können; erst recht dann, wenn dabei die gegenwärtigen Machtverhältnisse von Kapital, Arbeit und Staat nicht übersehen werden.

Wie aber sollen nun die Lohnempfänger aus dem Warenpreissdruck sich erträgliche Lebensluft verschaffen können? Das ist die Kardinalfrage! „Was nützt alle Arbeit der Gewerkschaften,“ hört man oft sagen, „wenn die Preisbremse keinhalten kann; dadurch wird jeder Erfolg in der Entlohnung zur Sisyphusarbeit, der Stein wird auf einen Berg hinaufgewälzt und rollt immer wieder herunter. So geht es seit Jahr und Tag!“ So darf man natürlich die Arbeit der Gewerkschaften in ihrem ununterbrochenen Kampf um die Existenzsicherung ihrer Mitglieder nicht einschätzen. Die Frage ist dann mindestens im Gegenzug so zu stellen, wie die Lebensmöglichkeit wohl aussehen würde ohne das fortwährende Bohren, Fordern und Kämpfen der Gewerkschaften. Die Antwort wird nicht zugunsten der Gewerkschaften ausfallen können, wenigstens nicht von jenen, die in der Wirklichkeit stehen und in ihr denken. — Aber darüber wird eine Meinung vorherrschen, daß Warenpreis und Lohn tatsächlich seit Jahren ein Haschenspiel treiben, und allem Anschein nach wird dies solange getrieben, ohne daß die Verhältnisse es beenden könnten, bis Weltmarktpreise und Weltmarktlöhne erreicht sind. Was damit verbunden ist, auf unser ganzes Wirtschaftsleben, brauchen wir kaum weiter auszuspinnen. Die außen- und innenpolitischen Lasten, die uns auferlegt sind, und das nimmermüde Verhalten jener Kreise, die für die Ernährung des Volkes maßgebend sind, das treibt dahin, was angedeutet. Im Hinblick darauf heißt es für die Arbeiterorganisation zu rufen, denn dieser Zustand bringt schwere wirtschaftliche Kämpfe, weil dann der Anteil des Lohnes dem Profit gefährlicher wird wie augenblicklich. In diesen Gegenständen kann auch die gleitende Lohnskala nichts ändern, sie müssen auf andere Art zum Austrag gebracht werden. Darum soll man auch unter den heutigen Verhältnissen für die Lohnarbeiterschaft so traurigen Wirtschaftsverhältnissen keine trügerischen Hoffnungen erwecken, mit buntschillernden Seifenblasen, wie es die gleitende Lohnskala darstellt, und damit etwas propagieren, wozu die Voraussetzungen hüben wie drüben nicht gegeben sind. Die automatische oder mechanische Anpassung des Lohnes an die Teuerung bleibt Theorie wie früher, was davon zu gebrauchen ist, wird bereits angewendet. Höheren Lohn kann nicht der Fiskus eines Wirtschaftsständlers herausholen, dazu fehlt im Staat, in der Wirtschaft und bei den in Frage kommenden Menschen heute beinahe noch alles, und deshalb sollen auch unsere Kollegen sich durchaus keiner Täuschung hingeben über den praktischen Wert der gleitenden Lohnskala.

Aus dem Mitgliederkreise über Verbandstagsfragen.

Es mögen mir noch einige Worte zum Verbandstage gestattet sein. Ursache hierzu ist der Artikel des Kollegen Rischpödel. Er schreibt, daß bis jetzt nur „Er“ und dann Kollege Harz auf die Geschäftsführung der Zentrale eingegangen sind, weil sie in der Opposition gegen die Zentrale stehen. Da muß ich doch fragen: Wollen die beiden Kollegen nun dauernd in dieser Stellung verharren? Wenn ja, dann sicher nur, um sich lieb Kind bei ihren Wählern zu machen! Weichen wir doch immer bei der Wahrheit und Wirklichkeit. Besser wäre es tatsächlich gewesen, sie hätten beide über ihren Artikel, statt 9. Verbandstag, folgendes geschrieben: „Wir bringen uns bei den Wählern in empfehlende Erinnerung, weil wir in der Opposition stehen!“ Das ist nämlich der Leitgedanke der beiden Artikel, den ein Minder mit dem Rücktritt herausföhrt, und mit recht schreibt Kollege Siebold, daß der Steinmetz nicht zu Schreibübungen da ist. Zugleich möchte ich den Schriftleiter doch eruchen, in Zukunft keine Anmerkungen mehr zu machen, denn solche Artikel richten sich in den Augen der Kollegen, die ihren gesunden Verstand in dieser bewegten Zeit bewahrt haben, von selbst. Vor allen Dingen ist es notwendig, wenn man angeblich in der Opposition steht, daß man auch Vorschläge bringt, wie es besser gemacht werden kann und muß. Davon steht aber in beiden erwähnten Artikeln kein Wort. Kollege Harz will dieses noch nachholen, und ich würde mich freuen, wenn es brauchbare Vorschläge werden. Ich will und kann nicht an dieser Stelle Kritik an der Tätigkeit der Zentrale üben, bevor ich nicht ihren Jahresbericht in den Händen habe; obwohl ich mit der Tätigkeit der Zentrale auch nicht ohne weiteres zufrieden bin, aber man muß auch ihre Gründe hören. Wir müssen dem Verbandsvorstand die Wege vorschreiben, die zu gehen sind zum Wohle der Gesamtarbeiterschaft. Die Kollegen wollen Rat haben, und der Verbandsvorstand muß mehr aus seiner Haut (?) herausgehen. In dieser Beziehung muß der 9. Verbandstag ausräumen und ändern, allerdings nicht durch dauernde Opposition, sondern durch tatkräftige Mitarbeit. Bringt der Verbandsvorstand dann die gegebenen Beschlüsse nicht zur Ausführung, oder hat er nicht die Kraft dazu, dann hinweg mit ihnen und andere an dessen Stelle! Wir wollen uns aber auch vor Augen führen, daß nicht

Alles so leicht durchführbar ist, wie man in Kollegenkreisen denkt. Wir müssen erkennen, daß immer wieder andere Faktoren dazwischen kommen, und das Ganze wird über den Haufen geworfen. Dieses wissen aber die beiden dauernd oppositionellen Kollegen aus ihrer Tätigkeit ganz genau, und sie sollten deshalb darin durchaus vorsichtiger sein, sonst prallt der Pfeil zurück!

Eins möchte ich den übrigen Kollegen noch zurufen: „Seht euch die Kandidaten, die zur Wahl stehen, genau an, und laßt euch nicht durch große Worte verblüffen!“ Dauernd können wir nicht von der Opposition leben, und wenn man morgen will, muß auch der Beweis erbracht werden, daß man es besser machen kann und will! Das haben die beiden genannten Artikelschreiber leider nicht getan, haben es vielleicht auch nicht können?

Wir hilft der Geist!
Auf einmal seh ich Mat
Und schreibe gewohnt:
Am Anfang war die Tat!

Magdeburg. Karl Heineke.

Baugewerksbund oder Steinarbeiterverband.
In den letzten Nummern unseres Verbandsorgans haben sich einzelne Kollegen für und gegen ein Aufgehen im Baugewerksbund ausgesprochen. So vorteilhaft sich ein solches „Vereinigen“ im ersten Augenblick auch ausnimmt, so muß ich doch, je länger man über das Problem nachdenkt und für und wider reiflich abwägt, im Interesse der kleineren Zahlstellen: desto stärker wiegen die Ablehnungsgründe! Eigenartig ist bei der ganzen Begründung der Befürworter aus unseren Reihen, daß sie mehr Lohn erhoffen, den ihnen die große Gemeinschaft herausgibt. Entweder soll es schon der Zusammenschluß bringen in seiner Respektwirkung auf die Unternehmer unserer Industrie, und wenn nicht dadurch, dann durch andere Mittel. Dieser Gedankengang ist reichlich naiv, und ich muß mich wundern, daß erfahrene Verbandsmitglieder auf diesen Reim stehen bleiben. Kampfmittel haben auch wir jetzt und hatten sie wohl immer, na, und die moralische Wirkung war und ist auch vorhanden. Es fehlte nur in den letzten Jahren an der — Konjunktur und dann wieder, das kann ich ausgesprochen werden, an der Mührigkeit zur Erlämpfung höherer Löhne bei einer Anzahl von Verbandsmitgliedern. Ich habe hier besonders Einzelgänger und kleinere Zahlstellen im Auge, deren Mitglieder oft zum Inventar eines Krainers zählen. Der Gedanke des Zusammenschlusses im Baugewerksbund liegt bei seinen Vätern auf ganz anderem Gebiet, die haben dabei durchaus nicht an die zurückgebliebene Entlohnung einiger Steinarbeiterzahlstellen gedacht, sondern an die Erzeugung der Baustoffe und die Weiterverarbeitung zum fertigen Bau. Gründung von gewerkschaftlichen Baubetrieben; Ausschaltung von Unternehmergewinn; Vorarbeit für spätere Sozialisierung! Der Baugewerksbund soll durch die erwartete imposante Mitgliederzahl darüber muß man sich auch klar sein, das finanzielle Fundament abgeben, um den Bau-Sozialisierungs-Gedanken auch ausführen zu können. Das ist des Pudels Kern! Er scheint nichtbestimmender großzügiger eilt mit großen Schritten der Entwicklung voraus, sozusagen als Schrittmacher! Gewiß wird der neue Bund nicht die Entlohnung seiner Mitglieder vernachlässigen, er wird dafür streben, genau wie unser Berufsverband. Mehr wie dieser kann er nicht erreichen, und wer so etwas trocken behauptet, der kennt sicherlich die Steinindustrie schlecht! Zu der Baustoffindustrie gehören Steine, ja, aber Stein und Naturstein ist ein Unterschied, worin er besteht, ist jedem bekannt, bekannt auch die Bedeutung des Natursteins für die jetzige Bauweise. Kollegen, die steht so ziemlich auf dem Nullpunkt. Den Hauptkern im kommenden Baugewerksbund muß die Kalk-, Zement- und Ziegelindustrie bilden, dann weiter die direkten Bauhandwerker (Maurer, Hilfsarbeiter, Zimmerer, Maler). Die übrigen Berufe hängen damit nur locker zusammen. Was hat zum Beispiel ein Großsteinarbeiter mit dem Baugewerksbund zu tun? ein Schiefergriffelarbeiter? Lithographiesteinarbeiter? Marmorarbeiter? Die sogenannten kunstgewerblichen Arbeiter in Serpentin und Marmor? Die Arbeiter in den Granitschleifereien? — Man soll also nicht etwas zusammenflicken, was unnatürlich ist, und sich dabei Hoffnungen hingeben, die nimmermehr erfüllt werden können. Es kommt bei alledem doch darauf an, wie eine Sache wirklich ist, und nicht wie man sie sich wünscht.

Noch einiges über unseren östlichen Bezirk in Brandenburg. Wir haben hier mit Mühe und Not 6 Zahlstellen in Grabsteingewerkschaften arbeiten. Deren Löhne können durch einen Sympathiestreik der Bauarbeiter durchaus nicht höher gebracht werden, denn ein solcher Streik hätte auf den Steinmetzbetrieb durchaus keine Wirkung, wäre also tatsächlich sinnlos. Und im übrigen ist es mit der Solidarität auch gar nicht soweit her, die wird nur gefördert, wenn einmal die Bäume voller Leberwürste hängen. Hier heißt es in der Praxis: „Dift du Gottes Sohn, so hilf dir selber“, und kommt die dabei in die Klemme, dann hilft sicher unser alter bewährter Berufsverband mindestens ebenso wie der geplante Baugewerksbund.

Darum Kollegen, die ihr zum Verbandstag delegiert werdet, laßt euch nicht vom Schein trügen, die meisten Kollegen in den kleineren Orten würden wir sicher verlieren, und die in den größeren Orten würden nichts gewinnen. Angebracht ist es, auf dem Verbandstag dafür zu sorgen, daß Agitationsmaterial zur Verfügung gestellt wird, um die kleineren Orte zu Bezirken zusammenfassen zu können, damit mehr Fühlung auch für diese

Kollegen zustande kommt. Der Baugewerksbund mag gut sein, wenigstens seine Idee ist es, aber wir Steinarbeiter haben darin nichts zu suchen, denn unsere Berufstätigkeit liegt heute nicht mehr, wie früher, auf dem Bau und wird auch nur ganz beschränkt für den Bau ausgeübt.

Wriezen (Oberbruch). M. Spremberg.

Die Frage des Baugewerksbundes (für uns Ver- schmelzung mit den Bauarbeitern) wird ohne allen Zweifel von einem großen Teil der Steinarbeiter sympathisch begrüßt, in erster Linie doch nur deshalb, weil die meisten hoffen, im Lohn finanziell dann besser gestellt zu werden. Ob dies eintritt, stelle ich nach den Beobachtungen, die ich machte, sehr in Frage. Gewiß ist die Zusammenziehung in große Industrieverbände allgemein von Vorteil für die Arbeiterschaft. Insbesondere muß sich jeder Kollege die Frage vorlegen, haben wir mit unserer Kampfes- taktik innerhalb der Gewerkschaften die Lebenshaltung der Ar- beiter bessern können? Die Frage muß ich mit nein beantworten. Die Vergangenheit lehrt uns, daß mit jeder Lohnerhöhung sich die Lebenshaltung eines Arbeiters verschlechterte. Woher kommt dies nun? — Nicht nur in unserem Beruf, sondern überall ist zu bemerken, daß jede Lohnerhöhung durch die Teuerung überholt wird. Hingru kommt noch, daß es immer viel zu lange dauert, bis ein Schiedspruch gefällt wird. Ohne Zweifel sind die Ar- beiter der Privatindustrie durch dieses Verfahren stark im Nach- teil, da bei der Fällung des Schiedspruches selten eine Nach- zahlung von einem Monat ausgesprochen wird.

Diesem Zustand (der immer größer werdenden Verelendung der Arbeiter) wollen nun die Bauarbeiter mit Hilfe der sozialen Baubetriebe steuern; um letztere nun auf sichere Grundlage zu stellen, wird der Vorschlag gemacht, sämtliche Arbeiter, die im Bauhandwerk tätig sind, in eine Organisation aufzusuchen. Daß dieses von Vorteil sein kann, dürfte kaum ernstlich wider- sprachen werden. Es fragt sich nur, ob diese starre Form (die im Entwurf zum Ausdruck kommt) notwendig ist. Nach dem jetzigen Vorschlag würden die kleinen Fachgruppen im Interesse des gan- zen stark zurückstehen müssen. Auf dem kommenden Verbandstag muß sich jeder Delegierte den Entwurf genau ansehen, denn vieles ist darin enthalten, was uns in der Zukunft zum Nachteil werden könnte. Sehr viele Kollegen sind der Ansicht, daß durch eine Ver- schmelzung die Kampfeskraft gestärkt würde. Dies trifft jedoch in den seltensten Fällen zu, denn nicht die Größe einer Organisation, sondern der Geist, der unter den Mitgliedern herrscht, stellt die Kampfeskraft dar. Wenn nun Kollege Heineke im Steinarbeiter b ausgeführt, das alle hat sich bemüht, zum neuen Bund man dies nicht ohne weiteres behaupten. Mit denselben Argumenten arbeiten unsere Gegner in den Parlamenten. Es ist doch klar, daß jede Teuerung, ins Praktische umgesetzt, manche Wenberung erfahren wird. Die Wirtschaftslage zwingt uns notwendig dazu, neue Formen des gewerkschaftlichen Kampfes zu suchen, wenn wir den Kampf um bessere Lebensbedingungen bestehen wollen, ob dies letztere durch Streik allein ermöglicht wird, bezweifle ich stark.

Zum Punkt Beitragszahlung müßte eine beweglichere Form eingeführt werden. Die Klassen, wie wir sie jetzt haben, dürften vollständig genügen. Die Form stelle ich mir so vor, daß bei jeder größeren Lohnerhöhung die Beiträge sich auch dementsprechend erhöhen. Voraussetzung ist jedoch, daß die Zahlstellen dies auch richtig durchführen können, denn heute schon murren viele Ar- beiter über die hohen Beiträge. Was nun die Kranken- und Er- werbslosenunterstützung anbetrifft, so werden wir nie darauf ver- zichten können, im Gegenteil, auch diese Einrichtungen müssen im Interesse des Verbandes der Zeit angepaßt werden. Aufgabe der Gewerkschaften und unseres Verbandstages muß es sein, die Mitglieder nicht nur für den Kampf um Besserung ihrer Lebens- haltung aufzuklären, sondern auch dafür zu sorgen, daß die Mit- glieder ein in der Lage sind, die Produktion selbst zu über- nehmen; denn nur dies letztere führt zum Sieg. Jedoch sind wir in unserem Beruf in dieser Frage noch zurück.

München. R. Rollwagen.

Eine wichtige Gewerbegerichts- entscheidung.

In Arbeitgeberkreisen ist teilweise die Anschauung vorhanden, daß die alte Arbeitsordnung mit ihren ungezügeln Strafbestimmungen solange besteht, bis eine neue vereinbart wird. Dieser Zustand könnte natürlich einigen Betriebsinhabern recht gefallen; denn wie die Verhältnisse in einigen Betrieben liegen, läme durch den Widerstand der Unternehmer niemals ein frischerer Zug in die Arbeitsordnung hinein. Die gesetzlichen Bestimmungen zur Neugestaltung existieren aneinander nicht für sie, ihre Rechtever- taltung verlegt sich auch meistens auf knifflige Ausführlere und so kommt es nicht selten vor, daß für die Allgemeinheit längst ge- klärte Angelegenheiten von den Gerichten nochmals geklärt werden müssen. In diesem Falle handelt es sich um eine Klage eines Steindrechers gegen den Kalksteinbetrieb der Firma Gute- hoffnungshütte in Oberhausen.

Zarbeckand der Klage. Wilde erhebt Klage gegen den Arbeiterverein Gutehoffnungshütte auf Zahlung von 23,50 Mark. Er habe im Betriebe Rüntend, Gemeinde Vohwinkel, der Beklag- ten gearbeitet. Am Tage der Beifegung der gelegentlich der Explosion auf Besse Mon-Conis bei Herne berunglückten Berg- leute im Juli 1921 habe er mit einer großen Anzahl von Arbeits- kollegen des Betriebes Rüntend im Einverständnis mit der Be-

triebsleitung nicht gearbeitet. Dafür soll er nachträglich von der Betriebsleitung auf Grund der Arbeitsordnung in eine Geldstrafe von 23,50 Mark genommen worden. In der mündlichen Ver- handlung wird vom Kläger zugegeben, daß die Betriebsleitung nicht ihr Einverständnis zur Einlegung einer Geldstrafe gegeben habe. Die Berechtigung zur Festlegung einer Geldstrafe wird vom Kläger bestritten, weil die Arbeitsordnung der Beklagten vor dem 1. Januar 1919 erlassen und daher nach § 80 Abs. 3 Betriebsrätegesetzes un- gültig ist.

Die Beklagte beansprucht Abweisung der Klage. Die Ver- handlungen mit der Arbeiterschaft wegen des Erlasses einer neuen Arbeitsordnung seien schon geraume Zeit vor dem 1. September 1920 aufgenommen worden, sie seien aber bisher infolge Wider- standes der Arbeiterschaft nicht zum Abschluß gekommen. Bis zum Erlass einer neuen Arbeitsordnung bleibe die alte Arbeitsordnung in Kraft, die wegen unentschuldigter Arbeitsverhinderung die Fest- setzung einer Strafe vorsehe.

Entscheidungsgründe. Entscheidend ist im vorliegenden Falle die Frage, ob sie für den Betrieb der Beklagten am 9. November 1908 erlassene Arbeitsordnung noch gültig sei. Diese Frage war zu verneinen. Die Bestimmung im § 80 Abs. 3 Betriebsrätegesetz, wonach bis spätestens zum 1. September 1920 eine neue Arbeits- ordnung vor dem 1. Januar 1919 erlassen war, ist zwingender Natur. Nach dieser Bestimmung verlor die Arbeitsordnung vom 9. November 1908 am 1. September 1920 ihre Gültigkeit und damit entfiel das Recht der Beklagten, zur Abhandlung von Unregelmäßig- keiten, welche sich Arbeitnehmer aufzubringen kommen lassen, Geld- strafen festzusetzen. Das Betriebsräte-Gesetz enthält keine Bestim- mung, nach welcher der auf den 1. September 1920 festgesetzte Ablauf der alten Arbeitsordnung verlängert werden kann. Der Gesetzgeber hat daran gedacht, daß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Einigung nicht zu erzielen sei, er hat daher in den § 75 Betriebsrätegesetz die Bestimmung aufgenommen, in diesem Falle den Schlichtungsausschuß anzurufen, der eine bindende Ent- scheidung trifft. Hiernach hätte die Beklagte, nachdem die Ver- handlungen mit den Arbeitnehmervertretern nicht zum Abschluß kamen, rechtzeitig die Entscheidung des Schlichtungsausschusses an- rufen müssen. Der Ansicht der Beklagten, es sei nicht möglich, daß für einen Betrieb keine Arbeitsordnung bestehe, kann sich das Gericht nicht anschließen. Wenn die Ansicht der Beklagten richtig wäre, müßten gesetzliche Vorschriften bestehen, wonach unter Um- ständen ohne Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Ar- beitsordnungen zustande kämen. Derartige Bestimmungen bestehen aber nicht. Daß für einen Betrieb vorübergehend keine Arbeits- ordnung bestehen kann, ergibt sich daraus, daß auf Grund der Strafbestimmungen der Gewerbeordnung der Erlass einer Arbeits- ordnung erzwungen werden kann.

Die Beklagte wird beurteilt, an den Kläger 23,50 M. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen!

Aus den Zahlstellen.

Kleinriedersfeld. In Nr. 6 des „Steinarbeiters“ wurde ein Betriebs- unfall und Sonstiges auf dem Werksplatz Wirts in Kleinriedersfeld berichtet. Daß die Behandlung dieser Angelegenheiten in der Presse für Herrn Wirts nicht angenehm war, ist verständlich, und so besaß sich Herr Wirts, seinem Redakteur eine Nichtigstellung, die laut Pressegesetz ausgenommen ist, zuzuwenden (Nr. 9 des „Steinarbeiters“). Um aber der Allgemeinheit keine Gelegenheit zu geben, solche Schlussfolgerungen zu ziehen, fühle ich mich veranlaßt, dieser Nichtigstellung entgegenzu- treten. Habe keine Veranlassung, mich mit Herrn Wirts in eine Presse- polemik einzulassen, aber wenn Tatsachen festgestellt sind, müssen diese auch anerkannt werden, auch wenn es unangenehm ist. Wie sich der Unfall ereignete, ist hier weniger von Belang, der Mann ist tot und kann uns kein Zeugnis mehr geben, aber daß die Witterungsbe- dingungen ausschlaggebend waren, kann uns Herr Wirts nicht glaubhaft machen. In diesem Betrieb wurde von der Kolonne Wührumer, zu der Kollege Franz gehörte, fast ständig unterminiert, wie gefährlich diese Methode bei 2,50 bis 2,80 Meter Arbeitshöhe ist, weiß jeder Fach- mann. Von verschiedenen Leuten im Betrieb wurde wiederholt auf dieses gefährliche Treiben aufmerksam gemacht, leider ohne Er- folg. Selbst der Betriebsobmann konnte nichts erreichen. Wäre regelrecht abgebaut worden, konnte das Unglück nicht eintreten. Der Inhalt des Verbandskastens war nach Aussagen des behandelten Arztes und des Betriebsobmannes in der von uns geschickten Verfassung. Wo waren denn alle die in der Nichtigstellung angegebene- n Medikamente, warum hat man sie dem Arzt nicht zur Verfügung gestellt? Ich glaube nicht, daß die ganze Telegraphie in einer derartigen Aus- legung war, daß man dies übersehen hat. Wichtig ist, daß ein Fläch- schen Gashauptauslass und eine Flasche Karboid vorhanden waren. Erstere waren für den Arzt auf Grund des Aussehens zur Behandlung nicht tauglich und so mußte er es auch von letzterem annehmen. Wichtig ist, daß Herr Wirts drei Arbeitern ihren verdienten Lohn vorenthalten hat. Ich würde auch nicht nur von einem Arbeiter privat um meine Meinung gefragt, denn für meine Meinung und wäre sie noch so gut, kann sich der Arbeiter kein Pfund Brot kaufen; die Leute wollten ihr Geld haben. Drei Wochen habe ich gewartet, nachdem mich der Arbeiter zweimal aufmerksam machte, um dann selbstverständlich eigen- mächtig vorstellig zu werden und den Leuten ihr ihnen zuzubehörendes Geld auf gutlichem Wege herauszuholen. Hat denn Herr Wirts neun Wochen gebraucht, bis er sich in andern Geschäften erkundigt hat, warum hat er den zwei Steinmetzen die Lohnzahlung für Urlaubstage bezahlt und den andern Arbeitern nicht? Diese angeführten Entschuldigungen sind nichts als Ausreden. Wenn Herr Wirts bei einem Arbeiter, der in der Vollkraft seiner Leistungsfähigkeit steht, anfragt, ob er nicht um 10 Pf.

Die kulturelle Förderung der Jugend durch die Gewerkschaften.

Heute kann keine Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens mehr richtig beurteilt werden, wenn sie aus dem Zusammenhange mit dem Ganzen herausgerissen wird. Die Verknüpfungen, die Wechselwirkungen sind überall so stark, daß auch die größte Selbst- beschränkung, die sich eine Bewegung, eine Organisation aufser- legt, nicht verhindern kann, daß enge Beziehungen zu Gebieten sich einstellen, die dem eigentlichen Aufgabebereich mehr oder weniger fernliegen. Um so mehr wird dies der Fall sein, wenn von vornherein keine allzu engen Grenzen für die Tätigkeit gezogen sind, wie dies bei den Gewerkschaften der Fall ist.

Für die Jugend haben die Gewerkschaften schon seit jeher großes Interesse aufgebracht. Mögen die Gründe dafür auch an- fangs mehr organisatorischer Art gewesen sein, so wandelten sie sich dort im Laufe der Zeit gründlich. Heute können wir wohl feststellen, daß fast ohne Ausnahme die gewerkschaftliche Arbeit für die Jugend allein durch das Wohl der Jugend selbst bestimmt wird. Selbstverständlich kommt hierbei durchaus zum Bewußtsein, daß das Wohl der Volksgesamtheit eine geistig und körperlich gesunde Jugend voraussetzt.

Eine unmittelbare Einwirkung auf die Jugend in dieser Rich- tung ist zum mindesten seit dem Jahre 1908 zu verzeichnen. Da war es der Hamburger Gewerkschafts-Kongress, der bekanntlich aus- sprach, daß die Bildungsbestrebungen der arbeitenden Jugend (in weitestem Sinne verstanden) zu fördern seien. Wie dann durch gute belebende und gesellige Veranstaltungen, Beschaffung von Jugendheimen, billigen, aber gutem Lesestoff usw. versucht wurde, unmittelbar die geistige Entwicklung der Jugend zu fördern, oft mehr oder weniger ungünstigen Einflüssen zu entziehen, braucht hier nicht näher angeführt zu werden. Not tut aber, einmal auf die mittelbaren Wirkungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit ein- zugehen.

Durch die Erreichung des Achtstundentages war der Jugend zuerst die Möglichkeit gegeben, in der freien Zeit noch in geistiger Regsamkeit sich selbst nach eigener Wahl zu beschäftigen. Ob nun die Vernehmung des Berufswissens oder je nach Gestalt und Neigung Ausflüge auf andere ferner liegende Gebiete des Wissens und der Künste während der Freizeit unternommen werden, auf alle Fälle ist die dafür aufgewandte Zeit nutzbringend verbracht. Eine noch größere Rolle spielt die Tatsache, daß heute Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in ganz wesentlicher

Maß zum Genuß von Sommerurlaub gelangen. Durch die Tarif- verträge wird diese gegen die Vorkriegszeit unerhörte Neuerung allmählich dem Bewußtsein der Betroffenen sowohl wie auch hoffent- lich dem der Arbeitgeber zu einer Selbstverständlichkeit. Um die ungeheure Wandlung gegen früher und die Bedeutung dieser Wandlung richtig zu erfassen, muß man sich jedoch einmal die Wirkungen dieser Neuerung vergegenwärtigen. Das Vorjahr bot hierfür eine gute Gelegenheit. Die deutschen Arbeiterjugendber- eiter hatten im Juli in Wiesfeld einen Reichsjugendtag veran- staltet, der von mehr als 5000 Jugendlichen besucht war, von denen mindestens drei Viertel noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht hatten. Aus allen Teilen des Reiches waren die Jugendlichen zu- sammengeströmt; monatlanges Sparen, Fahrpreiermäßigung auf der Eisenbahn und die gaffreie Aufnahme durch die Arbeiterschaft Wiesfelds hatten die geistlichen Möglichkeiten gegeben. Es ist nicht zu hoch geschätzt, wenn gesagt wird, daß etwa die Hälfte der Teilnehmer vor oder nach der dreitägigen Rundgebung noch längere Ferienwanderungen unternommen hat. Fest steht jedenfalls die Tatsache, daß Tausende von erwerbstätigen Jugendlichen in der Lage waren, auf längere oder kürzere Zeit der Werkstätte, dem Kontor usw. den Rücken zu kehren, damit ein Bedürfnis zu be- friedigen, worauf bis dahin der bürgerliche Jugend ein unbe- strittenes Vorrecht zustand.

Ganz unbenkbar wären diese erfreulichen Dinge ohne die un- ermüdbare Arbeit der Gewerkschaften. Oft genug werden nur unter den schwierigsten Umständen Vorteile für die Jugend bei Tarif- verhandlungen erreicht. Versuchen doch die Unternehmer gern, und zuweilen nicht ohne Erfolg, den erwachsenen Arbeitern durch Hinweis auf ihre eigene Jugend das Eintreten für die heran- wachsenden als für sie ziemlich unwesentlich hinzustellen. Wenn trotzdem so in die Augen springende Fortschritte erreicht sind, so können die Gewerkschaften mit doppelter Genugtuung auf das Erreichte zurückblicken. Öffentlich wird die immer weitergreifende tarifliche Regelung des Ferienwesens recht bald dazu führen, daß dem alten Wunsche nach gesetzlicher Festlegung des Anspruchs auf Ferien entsprochen wird.

Für nützlichen urteilenden Menschen mag es nicht groß von Bedeutung sein, ob jährlich einige Tausende oder Zehntausende von Arbeiterjugend- und -mädchen in der Lage sind, ihre kurzen Ferien auf einer Wanderung durch die weitere Heimat zu ver- leben. Doch eine kurze Ueberlegung müßte auch diesen Naturen zeigen, daß auf die Weise in jedem Menschen Kräfte freigelegt und Gefühle wachgerufen werden, die sonst wohl nicht einmal geahnt werden würden. Jetzt erst wird es vielen klar werden,

wo reiner Lebensgenuß zu finden ist; sicher wird aber dabei auch das Gefühl erstarken, diesen Genuß all den vielen anderen zu- gängig zu machen, die ihn noch gar nicht kennen. Zieht man weiter in Betracht, daß bei manchen Jugendlichen solche Wanderungen erst das Bewußtsein von dem untrennbaren Zusammenhang des ein- zelnen mit dem Volksganzen wecken, auch die Augen für das wirtschaftliche Auseinanderangewiesensein öffnen werden, so erkennt man die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit für Staat und Gesellschaft. Gar nicht weiter soll hier darauf einge- gangen werden, daß auf solchen Wanderungen, wie in den son- stigen Jugendveranstaltungen auch, die Teilnehmer ganz von selbst zur Entfaltung von Mithos und Nitotin erzogen werden; da ist kein Moralpausen notwendig, es gibt in solchem Zusammen- sein der Jugend eben gewisse Selbstverständlichkeiten, über die nicht geredet zu werden braucht.

Wir sehen hier deutlich die eingangs erwähnten Wechselwir- kungen zwischen wirtschaftlichem und kulturellem Fortschritt. Ohne Achtstundentag, tarifliche Regelung der Entlohnung, Ferien usw. wäre es der arbeitenden Jugend heute ganz einfach nicht möglich, ihrem Leben einen neuen, besseren Inhalt zu geben. Die nichterne Gewerkschaftsarbeit ist Voraussetzung für den Fortschritt auf geist- lichen, sittlichen und gesundheitlichem Gebiet. Dies müßten endlich auch einmal die Kreise unseres Volkes einsehen, die wohl über die Verderbtheit unserer Jugend reden, aber doch auf der andern Seite allen Bestrebungen, die gerade an der Gesundung der Jugend arbeiten, wie dies die Gewerkschaften tun, alle ernstlichen Wider- stände in den Weg legen. Auch mit juristischen Spitzfindigkeiten läßt sich ein wirtschaftlich und kulturell gleich wichtiger und not- wendiger Prozeß nicht aufhalten. W. M a s c h e.

Philister.

Philister sind scharfante Leute, — immer die gleichen gestern wie heute. Immer dieselben, heute wie morgen, — die für ihren Nachwuchs sorgen; Die vor fremden Türen lehren — und im Schmutz die eignen lassen; Andere einen Trunk beschreiben — und am offenen Spundloch prassen; Fledern zählen an den Andern, — aber selbst im Schlamm wandern; Die Unenblidchen mit Ellen messen, — je sie die Größe nicht vergessen; Wenn Bastillen stützen sollen, — mit dem Glode stützen wollen; Wenn man einen Kraftgedanken — ihnen schenkt, wie Traume manken; Vor der Wahrheit hellen Scheinen — hinterm Sonnenschirme greinen; Wo Begeisterungsflammen brennen, — mit der Feuerzürne reimen; Die mit ihrer Dummheit prahlen — aber bar bezahlen. S u b w i g B f a u.

die Stunde billiger arbeiten möchte, in einer Zeit, wo der Arbeiter nicht weiß, wie er sich mit seiner Familie über Wasser halten soll, so zeigt das von wenig sozialer Empfindlichkeit. Ich bin bei meinem Vorsteher mit allem Anstand Herrn Wirts entgegengetreten, um die Angelegenheit in sachlicher Weise aus der Welt zu schaffen, aber wenn er glaubte, mich wie einen Schuldingen abfertigen zu können und vor den Kollegen zu präsentieren, da muß eben doch das Temperament mal durchgehen, ob man will oder nicht. Als es sich voriges Jahr um Ueberstunden drehte, da war Herr Wirts sofort bereit, mit mir zu verhandeln, ja wenn materielle Vorteile eine Rolle spielen, kann man es ja machen, will aber der Vorsteher berechtigte Interessen der Arbeiter vertreten, sofort wird der Boden der Parteilichkeit verfallen mit der Manier, „das geht Sie nichts an!“ Wenn Herr Wirts für die Zukunft Differenzen mit dem Betriebsobmann zu regeln denkt, wird mich das sehr angenehm sein, wenn nicht, so werde ich schon einspringen müssen als Vorsitzender der hiesigen Zählstelle.

Wilmars. Am 19. Januar hielt die hiesige Zählstelle ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbene Kollege Wilhelm Ringel in der üblichen Weise geehrt. Hierauf gab der Vorsitzende Caspari die Tagesordnung bekannt. 1. Quartalsabrechnung, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Lohnfrage, 5. Verschiedenes. Dann gab Kassierer Löw die Abrechnung, Kasse und Bücher wurden in Ordnung befunden und der Kassierer entlastet. Neuwahl. Es wurde beschlossen, daß der alte Vorstand bleiben soll. Diese Anerkennung nahm der Vorstand mit Dank an. Der Vorsitzende teilte den Kollegen das Ergebnis der Lohnverhandlung mit. Dann wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag auf 7 Mark zu erhöhen. Zum Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zum eifrigen Besuche der Versammlung.

Wunsiedel. Am 22. Februar 1922 fand im Gewerkschaftshaus unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Die Neuwahl wurde vollzogen. Hierauf gab der Kassierer seine Abrechnung vom 4. Quartal, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Dann erstattete der Vorsitzende über den letzten Bericht über die am 12./13. Januar 1922, eventuell 2./3. Februar 1922 in Kraft tretende Teuerungszulage. Hierüber entspann sich eine sehr lebhafteste Debatte, es wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die jetzigen Teuerungszulagen in keinem Verhältnis zu den jetzigen Lebensmittelpreisen stehen. Unsere gefamte Teuerungszulage beträgt ab 2./3. Februar 1922 770 Prozent und 10 Prozent auf den Grundlohn, währenddem die nötigen Bedarfsartikel um zirka 2000 bis 3000 Prozent gestiegen sind und gegenwärtig ein so sprunghaftes Steigen der Preise vor sich geht, daß in allerfrühesten Zeit eine enorme Teuerungszulage unter allen Umständen durchgedrückt werden muß. Ziehen wir einen Vergleich zwischen den Steinbauern und andern Berufen, so müssen wir konstatieren, daß unser Beruf der schlechtestlohneste ist, selbst ungeübte und jugendliche Arbeiter, sogar Arbeiterinnen sind höher entlohnt als die Steinarbeiter. Es wurde allgemein betont, daß unsere Vertreter es bei den Unterhandlungen an der nötigen Energie fehlen lassen. (Da ist es wohl angebracht, bei den nächsten Verhandlungen einige Kollegen aus Wunsiedel herbeizuziehen? Schriftleitung.) Unsere Unternehmer können mit solchen Abschlüssen wohl zufrieden sein und es wäre unserer Zentralen nur ans Herz zu legen, diesen Herren endlich einmal ein energisches: „Bis hierher und nicht weiter!“ zuzurufen.

Gefrees. Am 8. Januar fand unsere Jahresversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über das verfllossene Jahr, besonders wies er auf die großen Schwierigkeiten im Unterhandlungswejen hin. Die Jahresabrechnung wurde entgegengenommen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Neuwahl zeigte folgende Resultate: 1. Vorsitzender: Grew, Adam; Kassierer: Weidenhammer, Johann; neu gewählt: 2. Vorsitzender: Gradl, Georg; Schriftführer: Bech, Hans; Revisoren: Schaller, Konrad, Wieschämbl, Georg, wobergen wählt. Als neue Beitragsklassen wurde beschlossen, die 5., 6. und 9. einzuführen. Weiter fanden einige Rundschreiben des Gauleiters ihre Erledigung. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zum Festhalten am Verbande, hauptsächlich im finanzieller Unterstützung; denn nur dadurch können wir der Zukunft ruhig entgegensehen.

Kiel. Der Ruf nach Arbeit, ein Verstoß gegen die guten Sitten? „Nur Arbeit kann uns retten“, ist die Parole des Tages, macht man jedoch die Probe aufs Exempel, so kann man, wie jetzt in Kiel sein blaues Wunder erleben. Die kürzlich unter Kiel erschienenen Berichte lassen zur Genüge erkennen, daß in der ehemaligen Marinestadt Kiel etwas Besonderes vor sich geht. Wie mir erst jetzt bekannt geworden, hat kürzlich der Herr Röhler von hier im „Steinbildhauer“ gegen meine Person als Schriftführer Sturm gelaufen. Ganz gegen meine sonstige Gewohnheit, mich nicht nach jedem unbilligen, mögliche ich hier doch einmal feststellen, welches Zeug Herr Röhler zusammenschreibt. In einer von ihm an die Schriftleitung der hiesigen Zeitschrift gerichteten „Aufklärung“ leistet Herr Röhler sich den wunderbaren Satz „auch im neuen Deutschland erscheint ein Hand-in-Hand-arbeiten nötiger denn je“, daß dieser Satz gerade von Herrn Röhler kommt, rief in unserer Versammlung Heiterkeit hervor. Herr Röhler dachte wohl — mit Speck fängt man Mäuse, in diesem Falle den Redakteur der Zeitschrift, der war aber für den Spaß nicht zu haben und hat uns diese „Aufklärung“ als Material überwiesen. Geradezu rührend ist es, wie Herr Röhler um seine „alten“ Leute besorgt ist, der Schriftführer hat sie aufgedeckt, dabei sind alle Berichte auf einstimmig gefasste Versammlungsbeschlüsse hin erfolgt, blättern man übrigens einmal die Protokolle meiner Schriftführer-Vorgänger durch, so findet man, daß Herr Röhler eine stets wiederkehrende Erscheinung in den Protokollen ist. Wie sieht nun das Hand-in-Hand-arbeiten in Wirklichkeit aus? Die Kieler Steinarbeiter haben es an Ermahnungen, wenigstens so viel Arbeit am Ort zu lassen, daß alle noch im Beruf stehenden und sekhafte Kollegen voll beschäftigt werden können, nicht fehlen lassen, und der Erfolg? Die Antwort von Herrn Röhler verfaßt: „Von einer Herstellung der Arbeit am Ort kann gar keine Rede sein“, so sieht also das „Hand-in-Hand-arbeiten“ des Herrn Röhler aus, außerdem verlangten die Unternehmer noch, die Kollegen sollten es unterlassen, Arbeit in eigene Regie zu übernehmen; also bewußte Untergrabung und Behinderung unserer Existenz, das ist es, Herr Röhler, wozogen sich meine nationale Gesinnung, um die Sie so besorgt sind, auflehnt. Wollte Existenz- und Gleichberechtigung nach außen, aber erst recht nach innen, wer das unter den heutigen Verhältnissen nicht einsehst, paßt nicht in die Zeit. Man hat vergessen, daß in den Straßen Kiels die Maschinengewehre ratterten, damals war alles gut Freund mit den Arbeitern, man meinte es ja so gut mit ihnen, heute glaubt man die Zeit schon wieder für gekommen, den Herrenhandpunkt hervorzuführen, packt sein Lager mit auswärtigen Sachen voll und setzt keine Werte auf die Straße. Herr Röhler mag sich beruhigen, unsere bereits auf den Werften tätigen Kollegen arbeiten hart in Ruhe und Frieden, sie haben es satt, sich mit den Steuermännern herumzuplatzen und wenn die Zeit an uns zum Fliegen ist, so werden auch wir der Kieler Steinindustrie keine Träne nachweinen. Boreist hat nun aber erst mal das Vandorgicht Kiel in der Klause der Unternehmer gegen uns das Wort, es mag entscheiden, ob der Ruf nach Arbeit und ein entsprechender Appell an die Einwohnerschaft, oder die Praktiken der hiesigen Unternehmer als „ein Verstoß gegen die guten Sitten“ anzusehen ist. M. R., Schriftführer.

Dehansfees. Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung im Heimlichen Gasthause zu Pultenreuth statt, die als gutbesucht bezeichnet werden kann. Vorsitzender Kollege Berger gab die Tagesordnung, die aus fünf Punkten bestand, bekannt. Zu Punkt 1 gab er einen kurzen Ueberblick über Gründung der Zählstelle, die im April 1921 stattgefunden hat, dann über die bisherigen Leistungen und Ergebnisse, welche von den Kollegen für sehr gut befunden wurden. Kassenbericht erstattete Kollege Michl, der von den Revisoren, sowie von allen anwesenden Kollegen für gut befunden und hiemit der Kassierer entlastet wurde. Zu Punkt 2 schiedte Berger die Beitragsverhöhung in 9 Beitragsklassen. In der Diskussion kamen sämtliche anwesende Kollegen überein, in der 5. Beitragsklasse zu steuern, indem diese mit unserem jetzigen Lohnverhältnis übereinstimmt. In Punkt 3 wurde die alte Verwaltung einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme des Kassierers Kollegen Michl, der aus familiären Gründen nicht mehr dazu zu bewegen war und nun durch den Kollegen Pinker ersetzt wurde. In Punkt 4 erstattete die Lohnkommission Bericht über unsere bisherigen und auch zur Zeit bestehenden Lohnverhältnisse, es wurde am 15. Januar eine neue Forderung eingereicht, aber noch nicht zum Abschluß gebracht, da die Verhandlungen noch nicht statifanden. Zu

Punkt 5 Verschiedenes wurden drückliche Angelegenheiten diskutiert und erledigt, auch wurde auf Antrag des Vorsitzenden Berger beschlossen, ab 1. Februar im Krankheitsfalle jedem Kollegen pro Tag 1.50 Mark aus der Lokalkasse zuzuführen und während der Krankheit die Beiträge aus der Lokalkasse zu zahlen.

Jüstenstein. In der am Sonntag, 15. Januar, im Lokal Wählinger tagenden Generalversammlung streifte zunächst der Vorsitzende in kurzen Worten die Vorgänge im verflossenen Jahr. Die steigende Teuerung zeitigte eine Lohnbewegung nach der andern, um den Ernährungs- und Unterhaltungskosten nachzukommen. Er besprach auch die eingeleitete Bewegung, die nun bereits erledigt ist. Sodann gab Kassierer Stöger die Quartalsabrechnung bekannt, ebenso die Gesamtergebnisse vom ganzen Jahr mit Mitgliederbewegung. Es wurde ihm von allen Anwesenden für die mühevollen Arbeit volle Anerkennung zuteil. Bei der Wahl der Verwaltungsfunktionäre wurde 1. und 2. Vorsitzender und Kassierer wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Franz Ellinger und Ludwig Bernkopf ernannt. Durch Beschluß wurde ein Lokalausschuß von 25 Pf. wöchentlich bestimmt, um die Ausgaben für Kartell usw. zu decken. Dem schon lange erkrankten Kollegen Zwiedinger wurden aus der Lokalkasse 50 Mark bewilligt. Ferner eine übermäßige Sammlung unter den verammelten Kollegen vorgenommen, die eine ansehnliche Summe ergab. Sämtliche Kollegen zur Mitarbeit in die Gewerkschaftsbewegung auffordernd, schloß der Vorsitzende die Tagung.

Kasserslautern. In der Generalversammlung lösten der Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes eine lebhafteste Diskussion aus. Hauptsächlich wurde hervorgehoben, daß der Lohn für unser Gebiet unzureichend sei und es müsse deshalb unbedingt mit den Arbeitgebern darüber ein ernstes Wort gesprochen werden. Um dies zu können, müssen alle bestehenden Hindernisse beseitigt, also der Tarif gekündigt werden. In der Neuwahl wurden die Kollegen Michl, Probst, 1. Vorsitzender, Pet. Schäfer, 2. Vorsitzender, Dan. Metz, Kassierer Heinrich Engelmann, Schriftführer, Revisoren Michl, Weidmann und Ludwig Neuz, Tarifkommission Michl, Knidel und Joh. Fuß beauftragt. Jugendvereinsleiter Frau Metz. In den Ortsausschuß wurde der Vorsitzende delegiert, der auch den Bericht vom Ortsausschuß gab. Hier dreht es sich hauptsächlich um das Ueberstundenwesen in der hiesigen Metallindustrie und welche Gefahr ein solches Wesen der Arbeiter dem Achtstundentag gegenüber bedeutet. Von allen Diskussionsrednern wurde dem Kollegen Probst für seine Aborte dankt und für die Erhaltung des Achtstundentages waren eingetretten und zwar dadurch, daß jede Ueberstundenarbeit vermögert werden soll. Nur dadurch sei es möglich, den Achtstundentag hochzuhalten. Im Verschiedenen gab Kollege Metz bekannt, daß in der Auszahlung der Unterstühtungen eine Veränderung eintreten müsse. Es wurde beschlossen, in der Zeit von 2 bis 3 1/2 Uhr Sonntags nachmittags die Unterstühtung Königsstraße 68 auszusahlen.

Entscheidung des Reichsgerichts

In der den Verbandsmitgliedern bekannten Streifache aus einem für verbindlich erklärten Schiedsbruch für das Lausitzer Granitgebiet durch den Demobilisationskommissar hat nunmehr am 7. März das oberste Gericht entschieden. Das Reichsgericht hatte zu prüfen: „Ist der Demobilisationskommissar befugt, einen Schiedsbruch für verbindlich zu erklären?“ Die Entscheidung lautet:

„Das Urteil des Oberlandesgericht Dresden vom 4. Aug. 1921 wird aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen.“

Begründung: Der Senat steht auf dem Standpunkt, daß der Demobilisationskommissar befugt ist einen Schiedsbruch für verbindlich zu erklären. Der Senat steht ferner auf dem Standpunkt, daß das ordentliche Gericht berechtigt ist, den Schiedsbruch nachzuprüfen, ob die formalen Grundlagen erfüllt sind und der Schlichtungsausschuß gesetzmäßig zusammengesetzt war.

Da die ordnungsgemäße Zusammenfassung des Schlichtungsausschusses durch die Vorinstanz nicht nachgeprüft, in der Revision aber gerügt wird, mußte dieserhalb der Rechtsstreit an das Oberlandesgericht Dresden zurückgewiesen werden.“

Dieser Entscheid schaffst Klarheit über die so oft von Arbeitgeberverbänden bestrittene Befugnis des Demobilisationskommissars. Einzelne Gerichte stellten sich bekanntlich auf die Seite der Zweifler und mancher Prozeßhandel hatte damit Anregung. Dem ist nun ein Riegel vorgeschoben. Darin liegt die Bedeutung der Begründung.

Unsere eigene Angelegenheit ist damit jedoch noch nicht geklärt, handelt es sich doch hier um eine Lohnsumme, die eine Million Mark bereits übersteigt. Diese Summe wäre unseren Lausitzer Kollegen bei damaliger Anerkennung des Schiedspruches bisher im Lohn zugefallen, so aber hat die Selbststellungsklage durch den Arbeitgeberverband den Kollegen diesen Lohn vorenthalten. Auf das Resultat der Nachprüfung warteten deshalb alle Beteiligten mit der größten Spannung.

Hohenlimburg. Am 27. Januar d. J. hielt unsere Zählstelle ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen vier Verhandlungspunkte. Beim Jahresbericht wurde dem Kassierer volle Anerkennung ausgesprochen. Die Wahl des Vorstandes ergab Wiederwahl von Vorst. und Kassierer. Durch einige Neuwünsche wurde der Vorstand ergänzt. Zum Punkt 3: „Wie steht es mit unserer Lohnforderung?“ sprach Kollege Honselmann. Seitens der Arbeitgeber wurde jede Lohnverhöhung abgelehnt. Schließlich ergab Kollege Honselmann durch sein energisches Eingreifen, daß wenigstens etwas für die Vehrträge herausgeholt werden konnte. Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, mit keinem Unorganisierten, der sich weigert, der Organisation beizutreten, zu arbeiten.

Dresden-Pirna. Am 29. Januar legte im Volkshaus Pirna die Jahresversammlung aller Branchen. Tagesordnung: 1. Stand des Streiks in der Steingewinnung und Bericht über die Lohnverhandlungen. 2. Jahres- und Kassenbericht. 3. Neuwahlen. 4. Verschiedenes. Kollege Gauleiter Michl hielt über die Verhandlungen. Das Ergebnis wurde einzelnen Kollegen nicht befriedigen, trotzdem erfuhr er, das Gebotene anzunehmen und den Streik abzubrechen, der eingetretene hohe Frost und der drohende Eisbahnstreik wirkte dafür. Nach langer Verhandlung bewilligten die Unternehmer ab 17. Februar pro Stunde eine Erhöhung von 1 Mark, Alford 125 Prozent, Leistungsprämie 1 Mark. 14 Tage nochmals dieselben Erhöhungen, zum Ausgleich erhalte das Postea Gebiet alle Erhöhungen eine Woche früher. Kollege Seidel schiedte die Lohnverhandlungen, die sich mehr und mehr zuspitzten und durch das prozezierende Verhalten des Unternehmers Marsch den Streik auslösten. Er betonte, daß der starke Frost erst nach Streikbeginn einsetzte; auch Seidel ersuchte, das Gebotene anzunehmen und lieber im günstigeren Moment den Kampf wieder aufzunehmen. Eine lebhafteste Debatte setzte ein, in der die Meinungen des Kollegen teiligten, ergab 83 Stimmen für Weiterstreiten, 66 für Arbeitsaufnahme. Laut Statut erklärte Kollege Seidel den Streik für beendet. Allgemeine Arbeitsaufnahme Montag. 2. Kollege Seidel gibt den Jahresbericht. Der Arbeitsmarkt für unsere Kollegen war im allgemeinen ein guter zu nennen. Die Arbeitsflaute in einzelnen Branchen der Steingewinnung, der Marmorbranche steigerte sich zu voller Tätigkeit, Sandsteinnegeln sind im oberen Gebiet gesunde Artikel. Die Kollegen der Granitbranche waren voll beschäftigt, leiden aber unter dem Reichstarif unter niedrigen Löhnen. Wir als Zählstelle können leider für diese Kollegen nichts unternehmen, da diese an zentrale Verhandlungen gebunden sind. Die Unternehmer aller Branchen haben durch Auslandsaufträge und den niedrigen Valutastand große Gewinne eingeführt und heimlich sie noch weiter em. Viel Mühe und Arbeit verurfachten die Lohnverhandlungen und es gelang uns, die Löhne aller Branchen um 100 Prozent im Berichtsjahre zu steigern. Eingehend verbreitet sich Redner über Betriebsrätegesetz und fordert zum Schluß die Betriebsräte auf, mehr noch wie bisher sich in ihre Pflichten zu vertiefen. Gestorben sind im Berichtsjahre 23 Kollegen. Davon Steinmetzen 14,

Steinbrecher 6, Mühlensteinarbeiter 1, Hilfsarbeiter 2. Durch Unfall Hilfsarbeiter 3, Steinbrecher 1, Steinmetz 1. Zu Ehren der Verstorbenen erheben sich die Verammelten. Kollege Peters gibt den Kassenbericht, der Ortsfonds betrug am 3. Januar 1921 18 230.30 M. und stieg bis zum 3. Januar 1922 auf 47 459.94 Mark. Kollege Reichshaus bittet als Kassier, da Bücher und Kasse stets in Ordnung, um Entlastung. Kollege Seidler würdigt im Namen der Gesamtverwaltung die Tätigkeit Seidels. Im Namen der Verwaltungsmittglieder erucht er um Wiederwahl Seidels und PETERS, beide werden einstimmig wiedergewählt. Als Verwaltungsmittglieder werden gewählt: Dresden: Sandsteinnegeln Seidler; Pirna: Wenz; Marmor: Anders; Granit: Maturka-Sohnen; Postea Gebiet: Seiglich; Cottauer Gebiet: Reichshaus; Mühlensteiner: Neumann, Pirna. Die Kollegen von Eßona sollen noch einen Vertreter in die Verwaltung wählen. Ins Dresdner Kartell werden die Kollegen Lienke und Eisner wiedergewählt. Ins Pirnaer Kartell werden die Kollegen Dösch, Seidel, Gerstenberger und Hille gewählt. Nach einer Anfrage des Kollegen Terauf über die Lohnbewegung der Steinmetzen und Verantwortung durch Kollegen Seidel erfolgt Schluß.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(M.W.B.) Der Rückschlag am deutschen Arbeitsmarkt, den verschiedene Konjunkturpropheten schon für das erste Quartal 1922 in Aussicht gestellt hatten, ist bisher nicht eingetroffen. Aller Voraussicht nach werden wir vorläufig auch von einer Arbeitsmarktkrise verschont bleiben. Die meisten Industriezweige sind zur Zeit mit einem Auftragsbestande versehen, der eine volle Beschäftigung für sechs bis neun Monate garantiert, darüber hinaus kann natürlich bei den heutigen ungleichen Wirtschaftsverhältnissen kein Geschäft disponieren oder die Konjunkturaussichten vorausbestimmen wollen. Die neuesten Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Teilen Deutschlands lauten verhältnismäßig günstig. Nach den Mitteilungen von 292 deutschen Städten (über 10 000 Einwohner) betrug die Gesamtzahl der unterstühten Arbeiter im Januar 1922 25 136 693. Im Vergleich zur Vorwoche ist die Arbeitsloseniffer in diesen Städten etwa um 9000 Mann zurückgegangen. Es ist zu berücksichtigen, daß von den gesamten Erwerbslosen 52 801 auf Groß-Berlin entfallen. Hohe Ziffern weisen ferner auf Breslau mit 5495, Dresden mit 4683, Hamburg mit 9101, Kiel mit 3033 und Königsberg mit 4870. Auf 1000 Einwohner kamen in Groß-Berlin 13.9, in Breslau 10.4, in Dresden 8.8, in Hamburg 9.2, in Kiel 15.0 und in Königsberg 18.7 Erwerbslose. Sehr günstig ist die Lage des Arbeitsmarktes in den mittleren und Kleinstädten sowie auf dem platten Lande, besonders aber in West- und Südwestdeutschland. Mit Eintritt der mitteren Witterung hat sich der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften stark erhöht. Auch im Baugewerbe macht sich eine Belebung bemerkbar. Besonders rege scheint die Bautätigkeit in den Industriegebieten, auf dem Lande und in den Geschäftsvierteln der Großstädte zu werden. Im Wohnungsbau sieht es jedoch nach wie vor trübe aus. In eine besonders schlimme Lage sind durch die erneuten Erhöhungen der Baumaterialpreise die Siedlungsgevierten geraten, von denen viele gerade jetzt bei Beginn der Bauarbeiten den notwendigen Wohnungslofen mitteln müssen, daß infolge der allgemeinen Steigerung der Baukosten an eine Inangriffnahme der Siedlungsbauten zu den vereinbarten Bedingungen bei weitem nicht zu denken ist. Das Jahr 1922 wird infolgedessen keine Erleichterung, sondern sogar noch eine Verschlechterung der Lage des Wohnungsmarktes bringen. Trotzdem besteht infolge der gesteigerten Bautätigkeit in der Industrie und der Landwirtschaft bereits überall wieder ein Mangel an Maurern, Zimmerleuten und sonstigen Bauhandwerkern. Auch die Maschinen-, Metall- und elektrotechnische Industrie zeigt eine dringende Nachfrage nach gelehrten Arbeitskräften, der nicht überall ein ausreichendes Angebot gegenüber steht. Günstig ist der Beschäftigungsgrad vor allem auch im Holzgewerbe. Das Textilgewerbe geht nach den Berichten aus der ersten Märzwoche einer erneuten Konjunkturerholung entgegen. Auch die chemische Industrie weist einen befriedigenden Geschäftsgang auf. Während so auf der einen Seite die Aussichten am deutschen Arbeitsmarkt keine ungünstigen sind, haben sich die Existenzbedingungen der Arbeiterbevölkerung in den letzten Wochen durch die sich überfüllende Teuerungswelle ganz wesentlich verschlechtert. Man kann deshalb der nächsten Zukunft nur mit größter Sorge entgegensehen. Sie birgt in sich die Gefahr erneuter schwerer sozialer Konflikte, die nur durch die nötige Besonnenheit und Bereitschaft zur Verständigung auf beiden Seiten vermieden oder in ihren schädlichen Wirkungen für die gesamte Wirtschaft abge schwächt werden können.

Die Bilanz der Leipziger Messe. Die alte Messstadt Leipzig hat wohl noch nie ein so lebhaftes Treiben und derartige Müllardenerträge, wie auf der diesjährigen Frühjahrsmesse gesehen. Wenn es möglich gewesen wäre, der ungeheuren Nachfrage des In- und Auslandes nach Waren ein entsprechendes Angebot gegenüber zu stellen, so hätte der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie mindestens auf ein Jahr, in manchen Branchen sogar auf mehrere Jahre, gesichert werden können. Die Marktlage war jedoch dem Zustandekommen langfristiger Abschlüsse sehr hinderlich. Die meisten Firmen haben sich damit begnügt, ihre Produktion für die nächsten sechs Monate zu verkaufen und darüber hinaus eine feste Bindung abzulehnen. Das gilt besonders von der Maschinenindustrie, der elektrotechnischen Industrie und dem Textilgewerbe. d. h. von solchen Branchen, bei denen die Umsätze eines besonders hohen Wert repräsentieren und die Betriebe sich mit Rohmaterialien nur auf ein verhältnismäßig kurze Zeit eindecken können. Hier bestand die Gefahr, daß die in den nächsten Monaten sicher noch fortschreitende Teuerung alle Kalkulationen auf lange Sicht über den Haufen warf und unangenehme Differenzen zwischen Lieferanten und Käufern hervorrief. In einer etwas günstigeren Lage war das Kunstgewerbe, einschließlich der Porzellan- und keramischen Industrie, und die Spielzeugfabrikanten, d. h. diejenigen Branchen, die ihre Rohmaterialien im Inlande kaufen können und bei denen nur die Löhne einen sehr ungewissen Faktor darstellen. Die Industrie war auf fast allen Gebieten in der noch verhältnismäßig günstigen Lage, schon die in den nächsten Monaten zu erwartenden Erhöhungen der Gekungskosten in Rechnung stellen zu können. Es ist bezeichnend für die Stimmung bei den Messausstellern und den Einkäufern, daß die ersteren bei Beginn der Messe kaum recht wagten, ihre Preise zu nennen, weil sie eine glatte Ablehnung fürchteten und daß auf der andern Seite die Käufer über die rapide Verteuerung gar nicht sehr erlaunt waren und die Phantasiapreise ziemlich glatt bewilligten. Es verdient besondere Erwähnung, daß die inländischen Einkäufer mindestens ebenso dringenden Bedarf zeigten wie die Ausländer. Das gilt besonders von den Geschäftsleuten aus den mittleren und kleineren Städten des östlichen Deutschlands, deren Hauptabnehmer die Landwirtschaft ist.

Vor wenigen Tagen hat in der Generalversammlung der Siemens- und Halske-A.G. Dr. C. F. v. Siemens darauf hingewiesen, daß die deutsche Industrie bei gleichen Bedingungen, wie sie zwischen den Konjunkturändern früher bestanden haben, heute am Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Die ungenügende Produktivität in unserer Wirtschaft werde angelänglich nur verdeckt durch die Spannung zwischen der Kaufkraft der Mark am in- und ausländischen Märkte. Hieran ist vielleicht sozial richtig, daß die deutsche Wirtschaft vom Beginn des Krieges bis heute nicht in der Lage war, ihren Produktionsapparat in der Weise auszubauen und zu modernisieren, wie die ausländische Konkurrenz. Um so mehr mußten aber jedem objektiv urteilenden Besucher der Leipziger Messe die ungeheuren Fortschritte auffallen, die sich in allen Branchen gegenüber dem Vorjahre zeigten. In verschiedenen Gewerben wird bereits sehr hochwertige Qualitätsware hergestellt. Die ausländischen Messbesucher gaben ihrer Bewunderung für die großartigen Leistungen der deutschen Schaffenskraft immer wieder Ausdruck und versicherten sehr oft, daß selbst zu den höheren Preisen die deutsche Ware die Konkurrenz mit dem Auslande aufnehmen könnte. Das gilt besonders dort, wo eine verfeinerte Technik und eine künstlerische Gestaltung ins Gewicht fallen. Hinsichtlich der Absatzmöglichkeiten ist ein Befahr droht augenblicklich der Hochkonjunktur von ganz anderer Seite. Die Industrie sieht sich infolge der starken Schwankungen des Marktwertes und der entsprechenden Veränderung aller Gekungskosten jeder Möglichkeit einer früheren Kalkulation beraubt. Sie wird außerdem

Durch die allgemeine Erhöhung des Preisniveaus von Tag zu Tag immer unfeiner in ihren Dispositionen, da der Wert ihrer mobilen Betriebskapitalien im Vergleich zum Umsatz immer geringer wird. Außerdem ist nicht zu verkennen, daß der Zwischenhandel bei den jetzigen hohen Preisen Gewinne einheimst, die in gar keinem Verhältnis zu seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung stehen. Und gerade auf der diesjährigen Messe waren Tausende von Firmen vertreten, die erst der Nachkriegszeit entstanden sind und deren ganze Tätigkeit darin besteht, daß sie sich zwischen Produzenten und Abnehmer drängen und auf diese Weise eine beträchtliche Verteuerung der Waren herbeiführen. Solange die Konjunktur und die Preise steigende Tendenz zeigen, werden sich diese überflüssigen Firmen wohl halten können. Ein oder zwei Krisenjahre dürften aber hier zweifellos kräftig aufräumen und den Umfang des Zwischenhandels sowie seine Gewinne auf ein volkswirtschaftlich gerechtfertigtes Maß zurückführen.

Ganz wesentlich hat zur Verschleuderung wirtschaftlicher Kraft und finanzieller Mittel auch die Zersplitterung des Messewesens beigetragen. Bei der Mehrzahl der Aussteller und Einkäufer der Leipziger Messe war man sich darüber einig, daß die jetzt mit einer ersten Baurate von 170 Millionen Mark beschlossene Errichtung einer Messe in Köln eine durchaus überflüssige Maßnahme sei. Wenn man auch den ähnlich gearteten Veranstaltungen in Breslau und Königsberg eine gewisse Berechtigung wenigstens für ihr engeres Wirtschaftsgebiet nicht abstreift, so steht man doch den Messen in Frankfurt und Köln in weiten Kreisen ablehnend gegenüber, zumal sie Anspruch auf internationale Geltung machen.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und unserer Industrie. Im Betrieb Steinwerke in Lauterodeen verunglückte der Kollege Karl Jung durch herabfallenden Schutt daran, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Welche Saumseligkeit wohl diesen Steinbrecher wieder verschuldet hat?

Die Natursteinindustrie war auf der Leipziger Messe (5. bis 11. März) in demselben Umfang und in derselben Aufmachung vertreten wie auf der vorjährigen Herbstmesse. Eine Detaillierung unterlassen wir und verweisen auf unsere damalige Schilderung. Circa 80 Firmen, verteilt in die verschiedenen Meszhäuser, also recht zerstreut, zeigten Natursteinprodukte, überwiegend die sogenannten Kunstgewerblichen Arbeiten aus Marmor, Serpentin, Onyx, Labrador. Auch Möbelpflegearbeiten, saubere Grabsteinarbeiten, sogar Schiefergriffe, aus den Schiefergebieten. Der Verkauf soll für alle Produkte gut gewesen sein, so daß die Auswirkung davon sich unseren Kollegen in der Arbeitsgelegenheit zeigen wird.

Gewerkschaftliches. Eine Tagung des Beirates vom Fabrikarbeiterverband am 21. und 22. Februar beschäftigte sich unter anderem auch mit der Frage des Baugewerksbundes. Dieser Verband würde durch reifliche Erfüllung des Baugewerksbundes-Bereichs eine sehr große Mitgliederzahl verlieren. Alle Arbeiter, die in Kalk, Zement, Ziegelbetrieben, in Sand- und Kiesgruben beschäftigt sind, würden dann dem Baugewerksbund zugezählt werden müssen. Die Sache ist natürlich für den Fabrikarbeiterverband gar nicht so einfach und die betroffenen Mitglieder aus der Baustoffherzeugung wollen den Wechsel ebenfalls nicht. Auf der Beiratssitzung wandte der Verbandsvorsitzende Breh sich scharf gegen die Einbruchversuche des Bauarbeiterverbandes in das Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes. Die vom Bauarbeiterverband erstrebte Zusammenfassung der Baustoffherzeuger und -verarbeiter ist organisatorische Willkür. Weder wirtschaftliche noch gewerkschaftliche Gründe lassen sich hierfür ins Feld führen. Die Erzeugung von Baustoffen und ihre Verarbeitung sind sowohl nach der Lage der Betriebsstätte, als auch nach der wirtschaftlichen und technischen Seite hin vollständig getrennte Vorgänge. Nur wenn der Logik der Dinge Zwang angeht, kann ein wirtschaftlicher Zusammenhang konstruiert werden. Organisationsrechtlich ist die Baustoffherzeugung unbestrittenes Gebiet des Fabrikarbeiterverbandes. Die Ziegelindustrie ist ihm 1906 durch Beschluß einer Zieglerkonferenz und die Zustimmung der Generalkommission und des Bauarbeiterverbandes als Verbandsgebiet überwiesen worden, nachdem die Organisationsversuche anderer Verbände — hierzu gehörte auch der Bauarbeiterverband — gescheitert waren. Der Fabrikarbeiterverband hat unter den allererschwerigsten Verhältnissen mühevollste Organisationsarbeit geleistet. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Gegenwärtig sind nach einer statistischen Aufnahme über 75 v. H. der Beschäftigten im Fabrikarbeiterverband organisiert. Seine gewerkschaftlichen Leistungen sind mindestens ebenso hoch zu bewerten, wie die anderer Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsimperialisimus des Bauarbeiterverbandes bildet eine Gefahr für die organische Weiterentwicklung der deutschen Gewerkschaften. Diese Gefahr ist um so größer, als sie Unterstützung findet von anderer Seite in organisationspielerischen Plänen, deren Notwendigkeit nur in der freischaffenden Willkür ihres Urheberers zu suchen ist.

Auf einer Beiratssitzung des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilier-Verbandes am 21. und 22. Februar kam es kurz vor Schluss noch zu Auseinandersetzungen wegen der bekannten Verordnung des Reichspräsidenten Ebert, der Mitglied des Sattlerverbandes ist. Berlin hatte den Antrag gestellt, Ebert aus dem Verbande auszuschließen. In namentlicher Abstimmung lehnte der Beirat den Antrag gegen 7 Stimmen ab.

Russische Verhältnisse. Diesen Artikel brachten auch wir in Nr. 10. Die „Rote Fahne“ hat in der bei ihr üblichen Weise gegen Inhalt und Verfasser polemisiert. Dagegen erklärt der Verfasser Karl Bollmerhaus folgende Erklärung:

„In Nr. 10 der „Roten Fahne“ vom Donnerstag, dem 2. März d. J., wendet mir das Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland eine ganze Druckseite. Weil ich in demselben Tone nicht antworten will, verzichte ich auf jede Rückantwort und betone noch einmal, daß ich zu dem siehe, was ich geschrieben habe.“

Warnung vor planlosem Zugang ins rheinisch-westfälische Industriegebiet. Trotz wiederholter Warnung durch die Gewerkschaften und durch die Landesarbeitsämter reisen immer noch Arbeitsuchende ins rheinisch-westfälische Industriegebiet, in der Hoffnung, irgendwo Arbeit zu finden. Vielfach sind es aus dem Osten zureisende Arbeiter, die sich durch bereits im Industriegebiet beschäftigte Verwandte und Bekannte verlocken lassen. Dieser planlose Zugang bringt die zureisenden Arbeiter in die schlimmsten Situationen. Findet sich auch Arbeit, so ist eine Unterkunft, selbst der primitivsten Art, nicht zu finden. Immer wieder wandern die Zureisenden ohne Aussicht auf Erfolg von Stadt zu Stadt und verbrauchen ihre Mittel, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Die Bahnhöfe bieten in steigendem Maße wahre Glendebiler dieser planlos Zuwandernden. In den Städten des Industriegebietes besteht ein derartiger Wohnungs- und Logismangel, daß die Behörden nur den durch einen Arbeitsnachweis oder ein Landesarbeitsamt für eine bestimmte Firma vermittelten Arbeitern ein Unterkommen vorher bereitstellen. Alle ohne solche Vermittlung Zureisenden müssen, selbst wenn sie Arbeit finden würden, abgewiesen werden. Es kann daher nicht dringend genug vor einem planlosen Zugang gewarnt werden.

Genossenschaftliches. Vom Verband der Volksfürsorge Versicherungsaktiengesellschaft wird uns mitgeteilt, daß er sich durch Zirkular an die Ortsverwaltungen unserer Organisation gewandt und sie gebeten hat, die Rechnungsstellen bei der Propaganda für das von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete Unternehmen zu unterstützen. Wir schließen uns dieser Bitte an und wünschen, daß an allen Orten recht viele Kollegen als Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Weitere Auskunft erteilt gern der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Betrifft Berechnung der Streikunterstützung. Verschiedene Differenzen bei der Berechnung der Streikunterstützung geben Veranlassung, einen kleinen Kommentar zu § 5, Absatz 1 des Statuts zu geben. Dieser Paragraph lautet unter anderem: „Die Höhe der Unterstützung beträgt bei einer Mitgliedsdauer von 1, 2 und 3 Jahren, 4, 5 und 6 Jahren, 7, 8 und 9 Jahren, 10 Jahren und darüber.“

Ferner heißt es im Absatz 8: „Mitglieder, die bei Ausbruch eines Streiks unter einem Jahr organisiert sind, erhalten pro Woche weniger in der 1. und 2. Klasse“ usw.

Daraus geht klar hervor, daß im 1. Mitgliedsjahr eine geringere Unterstützung gezahlt wird, die volle Unterstützung in der ersten Staffel erst im 2., 3. und 4. Mitgliedsjahr, die zweite Staffel im 5., 6. und 7., die dritte Staffel im 8., 9. und 10. und die vierte Staffel nach vollendetem 10. Mitgliedsjahre beansprucht werden kann. Folglich kommt bei einer Mitgliedschaft von 3½ Jahren immer noch die erste, bei 6½ Jahren die zweite und bei 9½ Jahren die dritte und nach vollen 10 Jahren die vierte Unterstützungsstaffel in Frage!

Eine andere Auslegung läßt das Statut durch die Bestimmung „unter 1 Jahr“ und „10 Jahre und darüber“ gar nicht zu. Es wird deshalb erwartet, daß die in Frage kommenden Kollegen dieses beachten, um weitere Differenzen zu vermeiden, und die Erledigung der Kassengeschäfte nicht unnötig zu erschweren.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Rammelsbach. Für die Familie des inhaftierten Kollegen Ludwig Becker in Rirn gingen auf Sammellisten nachstehende Beträge ein: Von den Kollegen aus dem Staatssteindruck (Rammelsbach) 466 M., Firma Göttel u. Sid 95 M., Remigiuswerke (beide in Hachsbach) 106 M., Firma Geuer 45 M., Falz Saarbrüder (beide in Theisbergtegen) 870 M.

Grass, Bezirksleiter.

Steinarbeiterverband.

Trotz Bekanntmachung im „Steinarbeiter“ (Nr. 5 und 7) für feststehende Adressen der Zeitungsempfänger zu sorgen; gehen immer noch neue Adressenänderungen bei der Verbandsstelle ein. Es sei nochmals hervorgehoben, daß Adressenänderungen für den Steinarbeiterverband nur dann berücksichtigt werden, wenn diese Änderungen in den Monaten: Januar, April, Juli und Oktober bei der Verbandsstelle mit dem zuständigen örtlichen Postamt bezeichnet eingeliefert werden. Einige kleinere Zahlstellen haben sogar die Adressen von jedem Mitglied eingereiht. Das ist nicht notwendig und hat auch niemand verlangt. Der Steinarbeiter wurde bisher in der Druckerei verpackt und versandt. Ab 1. April wird die Gesamtauflage des Steinarbeiters vom Zeitungspostamt Leipzig im Versand erledigt. Deshalb bleibt jedoch in einer Zahlstelle, in der bisher eine Empfangsadresse bestand, diese nach wie vor bestehen. Es bleibt demnach wie bisher. Hauptfache ist: feststehende Adressen, die innerhalb eines Quartals nicht geändert werden können, sondern nur in den oben erwähnten Monaten.

Wir bitten diesen Hinweis ernstlich zu beachten.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 11. bis 25. Februar 1922.

Groß-Kunzendorf 1393.35, Wiesbaden 403.80, Worms 84.60, Zappendorf 54.40, Wismar 72.—, Jacksonville Ab. 65.60, Eilenburg Inf. 40.50, Riel 28.—, Demitz 1472.—, Kirchenlamitz 2500.—, Löbau i. Sa. 219.50, München 5000.—, Moosbach 125.—, Rottenbauer 1200.—, Rosdorf 1553.—, Rheuma 1358.20, Metten 404.90, Wittweiba 39.60, Reimathe 1553.50, Hölzenhausen 809.90, Geising 12.40 Gommern 8819.80, Frankfurt a. M. 5000.—, Eschershausen 971.50, Schönbad Inf. 24.50, Schw.-Hall 43.—, Grebsmühlen 92.—, Görlitz 42.—, Ruhland 35.—, Malchin 24.50, Tiefenstein Inf. 28.60, Köln 2000.—, Hoffeld 469.70, Königshain 1500.—, Königswalde 39.20, Rayen 7123.25, Ober-Beilau 8000.—, Obermörschen 720.—, Solnhofen 4000.—, Wirsberg 1000.—, Wölferbütt 34.50, Stuttgart 1000.—, Neufettin 34.30, Minden i. W. 162.30, Guben 622.—, Dornap 8000.—, Kriesitz 98.—, Wickenfeld 110.50, Stadlum 33.—, Demmin 56.—, Karlsruhe B. D. G. 371.25, Schwarzenbach Inf. 32.50, Böbejun 43.50, Striegau 462.70, Berlin 26 146.10, Mittenbiez 2000.—, Jittau 18.50, Roth (Dillr.) 100.—, Königshaus 5000.—, Guntzwinkel 560.—, Hofermühle 2692.07, Sahnerturt 120.—, Altenhagen I Inf. 34.50, Schönbad Inf. 20.—, Nonnenbach 2.—, Leipzig 3000.—, Wagsburg 2000.—, Meizen II 268.40, Dessau Inf. 24.—, Braunlage Inf. 67.—, Zeben Inf. 68.50, Marienburg (Westpr.) 51.—, Obernhau 42.—, Bodenwäher 30.—, Osnabrück Inf. 40.—, Sprochhöbel Inf. 72.50, Grailshain Inf. 28.50, Sandhübel 12.—, Hälslich 2766.40, Köln 606.—, Duisburg 163.60, Greves 3520.—, Hensbach 14 800.—, Mannheim 4000.—, Riesa 3000.—, Wülfrath 1760.60, Wiberach Inf. 10.—, Anspach 28.—, Blaubeuren 20.—, Al.-Mücheln 56.—, Hochlar 63.—, Eberbach Ab. 51.70, Schramberg 35.—, Köln Inf. 44.50, Stettin Inf. 72.50, Löbejun 3000.—, Hälslich 10 000.—, Gamburg 5200.—, Wamburg 357.80, Obernheim 1338.30, Ziegelanger 1600.—, Wolfstein Inf. 96.50, Maimö Ab. 71.—, Niedermörsch Inf. 180.—, Eberhardkreutz Inf. 28.50, Stettin Inf. 40.50, Eufingen 2000.—, Langenaltheim 7931.—, Ebergöns 1000.—, Wilmshausen 70.50, Leipzig 6.—, Cottbus 35.—, Gießen 30.—, Bad Lausitz 164.—, Freiburg Inf. 72.50, Rohmen Inf. 20.50, Kirchfelde Inf. 48.50, Greifswald 1000.—, Welsentkirchen 126.—, Greiffenberg 618.70, Gummersbach 43 247.85, Homberg 2000.—, Riegnitz 800.—, Treffenfurt 1000.—, Wirsberg 17.70, Weihenburg 46.—, Rieburg 565.50, Dürnhäufen 48.50, Ullm 65.—, Schmalfelden 691.90, Bahnhöf 1000.—, Sinzig 1300.—, Regensburg 1500.—, Ober-Bassingen 763.60, Oberaula 2500.—, Maxtein 240.—, Groß-Kunzendorf 5000.—, Leipzig Inf. 39.—, Erfurt 24.50, Gera Inf. 24.50, Reichenbach 138.50, Landstuhl 83.—, Tangermünde 35.—, Dessau Inf. 28.50, Gungen Inf. 84.50, Weferlingen 89.50, Gollberg 1200.—, Grochlattengrün 160.—, Quedborn 500.—, Radelshausen 667.—, Stuttgart 1000.—, Jittau 350.—, Reheim 2000.—, Gohburg 5000.—, Hestau Inf. 89.50, Reichenbach (Schl.) Inf. 20.50, Neurode Inf. 24.—, Leutkirch 245.—, Frankfurt a. M. Inf. 24.50, Hensburg 21.—, Wannberg 169.—, Weistein 960.—, Verdingen 754.—, Greiffenberg 300.—, Mauen 10 000.—, Saasen 200.—, Schönbad 148.—, Orbis 500.—, Klein-Steinheim 450.—, Kirchenlamitz 3000.—, Bochum 1400.—, Triefel Inf. 28.50, Bunsfeld (Grasima) 10.—, Langkirch 56.—, Witzing 64.—, Pausa 32.—, Wallendingen 35.—, Nonnenbach 53.—, Altenhain 3500.—, Verneid 1500.—, Breitenborn 3000.—, Hälslich 2000.—, Ramens 10 880.—, Gerrenhaide 1000.—, Striegau 75.—, Wildschütz 8000.—, Ullm 3500.—, Schreiberhau 400.—, Rätzen 646.—, Rosdorf 2766.40, Kleinrinderfeld 5000.—, Rätz 1500.—, Friedenhausen 1000.—, Eöln, 2000.—, Oerlinghausen Inf. 72.50, Lübeck Inf. 24.50, Blaubeuren 28.—, Theinheim 70.—, Hoverswerda Inf. 16.50, Osnabrück Inf. 40.50, Aue 3511.70, Würzburg (Lohse) 356.95, Schwerin 88.80, Raumünzach 1135.—, Guntzwinkel 980.—, Wilschshausen 69.—, Nonnenbach Inf. 86.50, Emmerich Inf. 240.50, Riedlingen 220.—, Dorf 36.—, Ludwig Geiß, Kassierer.

Adressenänderungen.

2. Gau.
Bautzen. Vorf.: Oskar Neumann, Hintere Meidenstr. 18 II.
Tiefenfurt. Vorf. und Kass.: Karl Hoffmann, Schnellenfurt, Post Tiefenfurt, Kr. Bunzlau (Schlesien).

3. Gau.
Verbersdorf. Vorf.: Bruno Winkler, Arnsdorf, Post Wöhringen. Kass.: Otto Hill, Verbersdorf, Post Wöhringen.

5. Gau.
Wülfrath. Vorf.: Gustav Hoffmann, Auswärts 89. Kass.: Hermann Giebig, Auswärts 20.
Zinheim. Vorf.: Hermann Weisich.

6. Gau.
Dossenheim a. Bergstr. Kass.: Daniel Verlich.
Dossenheim, Amt Wradenkauff (Württemberg). Vorf.: Christoph Bössner. Kass.: August Schindler.

2. Gau.
Mahren. Vorf.: Jakob Reuser, Viehmarkt 12.
Niederbreitig. Vorf.: Jos. Delgen, Thal Rheined.

Briefkasten.

Raumünzach C. Sag mir doch, wie soll eigentlich noch geschrieben werden? In der Schule hat auch der mangelhafte Schüler mindestens begriffen, was Punkt und Doppelpunkt bedeutet. Wo diese Kenntnis fehlt, kann auch der Redakteur leider nicht helfen.
L. Sch. Gedicht nicht druckreif! Schöne Worte, doch kein richtiger Zusammenhang.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

„Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“ nach der Reichsversicherungsordnung nach dem Stande vom 1. Dezember 1921, bearbeitet vom Arbeitersekretär Kurt Mey, Hannover. Preis 1.50 M., Verlag Volksbuchhandlung Hannover, Nikolaistraße 7.
Die Anschaffung ist zu empfehlen.

Das Internationale Arbeits-Jahrbuch (herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, Genf) (für Sozialpolitiker, Gewerkschafter usw.). Der 7. Jahrgang 600 Seiten starke Band enthält eine Zusammenstellung sämtlicher Ministerien aller Länder der Welt, unter besonderer Würdigung der Regierungsdienststellen, die sich mit Arbeiterfragen beschäftigen, sowie ein Verzeichnis der Arbeitgeberverbände aller Länder. Ein weiterer Teil des Buches enthält sämtliche Gewerkschaften, Beamten- und Angestelltenverbände der Welt, desgleichen eine Zusammenstellung aller Genossenschaften und Genossenschaftsverbände. Der einleitende Teil gibt eine Uebersicht über den Aufbau und die Organisation des Völkerverbundes und der Internationalen Arbeitsorganisation. — Das Buch liegt uns vor, soweit die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unserer Industrie in Frage kommen, ist es recht oberflächlich und unvollständig.
Das Buch ist zu beziehen vom Internationalen Arbeitsamt, Amt Berlin, Alexanderstraße, Berlin NW 40, Schornhorststr. 35. Tel.: Norden (2831). — Preis 50 M.

Anzeigen

Siegler's Schriftzeicherei, Gießen (Hessen)
Licherstraße 37 Lehr-Institut! Schriftenmuster 30 M.
Jeder kann Schrift zeichnen nach meiner Methode! 50—60 M.

ARBEITSHOSEN
Prima Tuchleder, lieferbar in schwarz, weiß und silbergrau, sowie Pilot und Ia Manchesterhosen offeriert zu billigsten Preisen.
W. Hübner, Niederoderwitz i. Sa.

Schriftthauer und Steinmetzen
auf Muschelkalk und Sandstein werden in dauernde Arbeit gesucht.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin.

8-10 Granitpflastersteinhauer
gegen hohen Akkordlohn sofort gesucht.
Unterakkordant mit Werkzeugschmid bevorzugt.
N. Miener, Steinbruch Löhningen, Amt Waldhut (Bad.)

Tüchtige Steinmetzen
auf Sandstein und Muschelkalk, Schriftthauer bevorzugt, stellen ein
C. u. P. Quirbach, Betzdorf a. Sieg.

Stelle sofort mehrere tüchtige Steinhauer und 2 Steinbrecher
bei hohem Lohn ein
Hans Lauer, Sandsteinbrüche, Oerlinghausen (Lippe).

Tüchtigen Sandsteinmetz
der firm im Schriftthauen und Zeichnen, auch Verzierungsarbeiten in Granit arbeitet, stellt bei gutem Lohn- und Arbeitsverhältnis sofort für dauernd ein
Fritz Schurtz, Ueckermünde.

2 tüchtige Marmor-Maschinenschleifer
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Georg Horn, Marmorwarenfabrik und Sandstrahlblaswerk, Häst am Main, Schließbach 33.

Mehrere tüchtige Steinmetzen
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Hans Weier, Granitwerk, Martinlamitz i. Fichtelgeb.

Steinmetzen auf Sandstein u. Granit stellt sofort ein
Janus Bildhauerei, Neumarkt i. Schl.

Für Kirchen- und Denkmalarbeiten (Sandstein) suchen wir auf sofort
tüchtige Steinmetzen und Schriftthauer
GEBR. BRAUN, Architekt und Bildhauer, PADERBORN.

Geübter Schriftthauer
in allen Grabsteinarbeiten bewandert, findet dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn.
C. Scholz Nachf. A. Vogel Neurode i. Eulengebirge.

Ein Steinmetz f. Grab- u. Kunststeinarbeiten sof. gesucht
E. Gärtig, Bildhauerei, Teuchern i. Thür.

Tücht. Marmorpolierer u. Marmorhauer
für dauernde Arbeit nach größerer Stadt Nordwestdeutschlands gesucht. — Schriftliche Angebote unter „Marmor“ an die Schriftl.

10 tüchtige Granitsteinmetzen
für sofort dauernd gesucht.
Schwarzwald-Granit- und Sandsteinwerke G. Humpert, Tiefenstein (Schwarzwald).

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen nur allgemeinen Charakter (eingetragene) sind.
In See am 12. Februar der Hilfsarbeiter Karl Schwarz 64 Jahre alt, Schlaganfall.
In Lauterodeken am 24. Februar der Brecher Karl Jung, 46 Jahre alt, Unfall im Beruf.
In Wildschütz am 25. Februar der Pflastersteinmacher Heinrich Richter, 63 Jahre alt, Rippenfellentzündung.
In Berlin am 25. Februar der Sandsteinmetz Georg Ulrich 44 Jahre alt, Lungentuberkulose; am 4. März der Sandsteinmetz Wilhelm Winter, 56 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In Strehlen am 3. März der Brecher Karl Petermann, 58 Jahre alt, Lungentuberkulose.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druckt in der „Freien Presse“, Leipzig.